

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Biobranche auf der Suche nach Perspektiven

©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

Bio mit Mehrwert

Regional ist das neue Bio – das hören nicht alle gerne, denn es bedeutet Bewegung in der Szene, frischen Wind und Gegenwind je nach Blickrichtung. Positive Beispiele finden sich im Kommentar und dem Schwerpunkt auf den Seiten 2, 11 bis 14

Agrarpolitik

Politiker aller Couleur beweinen den Einstieg von Investoren in die ostdeutsche Landwirtschaft. Gleichzeitig verweigert ein Großteil von ihnen eine gerechte Aufarbeitung. Um Gerechtigkeit geht es auch bei der GAP und der Energiewende auf Seite 3, 4 und 5

Bewegung

Widerstand und Selbsthilfe, das alte Motto der AbL ist aktueller denn je bei den neuerlichen Auseinandersetzungen um den Gentechnikmais, die Gensojaoffensive der Geflügelkonzerne und die Massentierhaltung im Kuhstall auf den Seiten 6 und 17

Die Seite 3

Der Ausstieg aus der Energiewende? 3

Agrarpolitik

Kreativität, Innovationsfähigkeit und Geschick 4

BMEL will Greening aushebeln. 5

Aufarbeitung der Agrargeschichte unerwünscht 5

Milch

"Kuhdorf? Nein danke!" 6

Bewegung

Flächenbindung und Weidegang 7

Boden, Biogas und Neuwahlen 8

Erhalt von Landwirtschaft und Landschaft 10

Schwerpunkt

Die Renaissance des Schruppelapfels? 11

Wenn Milchkühe auch Mütter sein können. 11

Gratwanderung zwischen Zuckerbrot und Peitsche 12

Zwischen Wirtschaftskrise und Pferdefleischskandal 13

Aus der Region für die Region 14

Die Hähne sind los. 14

Nachbau

Saatgutrecht zum Wahlkampfthema machen. 15

Markt

Fit für den Weltmarkt. 16

Gentechnik

Gentechnik-Mais zulassen ... und dann verbieten? 17

Gentechnik-Geflügel-Genuss für Gourmets 17

Weitere Themen

Zu Besuch bei Ottmar Illchmann und Rolf Hoffmann, Seite 9; Besuch aus Südamerika, Seite 18; Lesen Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Die Demonstrationen in Wietze im vergangenen Sommer und im Januar in Berlin zeigen es: Die Menschen interessieren sich für die Herkunft ihrer Lebensmittel. Auch wenn die meisten wenige Einblicke in die Praxis auf den Höfen haben, wissen Sie zumindest, wie ihre Lebensmittel nicht produziert werden sollen. Tiere in riesigen Mastanlagen, Schlachtung am Fließband, Pestizide und Gentechnik auf Äckern, die bis zum Horizont reichen passen so gar nicht ins Bild einer naturverbundenen, bäuerlichen Landwirtschaft. Die aber wünschen sich immer mehr Verbraucher. Ganz konkret ablesen lässt sich dieser Wunsch an der stetig steigenden Nachfrage von Produkten aus regionaler Produktion. War es noch vor einigen Jahren der Biosektor, der den gewünschten



Kommentar

Regional in aller Munde

Mehrwert bediente, ist die Bedeutung von regionaler Herkunft in den vergangenen Jahren zumindest gleich wichtig geworden. Die konstante Beliebtheit von Erzeugermärkten in allen größeren Städten belegt das eindeutig. Und die Bioszene macht sich inzwischen Gedanken, wie sie den zum Teil auf seinem Weg in die Breite der Supermarktregale verloren gegangenen Mehrwert wiederbeleben kann.

Auf der Suche nach immer neuen Verkaufsargumenten ist natürlich auch an den großen Lebensmittelketten und Discountern der Verbraucherwunsch nach Mehrwert speziell mehr Regionalität nicht vorbeigegangen. Damit der Verbraucher nicht auf die teilweise recht beliebigen und undurchsichtigen Regionalitätskriterien der Handelsunternehmen angewiesen ist, hat sich das Bundeslandwirtschaftsministerium, damals noch für Verbraucherschutz verantwortlich, 2012 das Regionalfenster ausgedacht. Ohne die Beteiligung regionaler Initiativen und des Bundesverbandes der Regionalbewegung wurde ein Kriterienkatalog erstellt, der es ermöglicht nahezu alles, was in Deutschland produziert wird zum regionalen Produkt werden zu lassen. Das Regionalfenster hat bis heute für Verbraucher keine Bedeutung. Für die Produzenten schafft es allerdings eine Vermarktungshürde. War es in der Vergangenheit möglich und auch Praxis, dass Landwirte, z.B. in REWE-Märkten der Region, ihre handwerklich produzierten Lebensmittel ohne eine zusätzliche Zertifizierung anboten, drängen die Handelsketten jetzt darauf, dass diese Mitglied des Regionalfensters sein müssen. Der direkte Weg vom Bauern zum Kunden, ohne viele unnötige Zwischenstationen, die alle an dem nach oben begrenzten Preis mitverdienen wollen, wird dadurch empfindlich gestört. Die Wertschöpfung gehört auf die Höfe und nicht auf die Konten von Zertifizierungs- und Kontrollinstitutionen. Dies ist umso wichtiger, wenn man sich verdeutlicht, dass insbesondere kleine diversifizierte Betriebe besonders stark benachteiligt werden.

Dass die Idee vom engen vertrauensvollen Verhältnis von Bauer und Gärtner zum Verbraucher von derartigen Manövern von Politik, Industrie und Handel nicht zerstört wird, zeigen die vielfältigen neuen Initiativen. Da gibt es Aktiengesellschaften, bei denen Menschen ihr Geld für eine nachhaltige Produktion anlegen können. Der gesellschaftliche Wert liegt im Aufbau regionaler Produktions-, Verarbeitungs- und Handelsstrukturen mit Arbeitsplätzen in der Region und einer Vernetzung von Stadt und Land. Noch direkter sind die derzeit überall in Deutschland entstehenden Initiativen der Solidarischen Landwirtschaft. Warum sollten die Landwirte und Gärtner das Risiko von der Aussaat bis zur Ernte bei ungewisser Vermarktung alleine tragen. Viel solidarischer ist es, wenn eine Gruppe von Menschen sich zu Beginn des Jahres bereit erklärt, die Produktionskosten inklusive der Gehälter der Landwirte bzw. Gärtner zu übernehmen. In der Folge sind die Produkte des Hofes für die Beteiligten gratis aber nicht wertlos. Auch wenn sie nicht aktiv mitarbeiten, übernehmen sie mit ihrem Anteil direkt Verantwortung für das Projekt. Und dass die Menschen bereit sind Verantwortung zu übernehmen, zeigt sich auch in der Bereitschaft mehr für das Ei zu bezahlen, mit dem Biobauern die ursprünglich wertlosen Bruderhähne der Legehennen aufziehen.

Es ist die unmittelbare Verbundenheit mit der Produktion, die immer mehr Menschen wollen. Der Weg des Bauernverbandes, der Bevölkerung einzureden industrielle Tierhaltung und Pflanzenproduktion sei der einzige Weg die Lebensmittelversorgung zukünftig sicherzustellen, ignoriert diesen Wunsch nach Teilhabe und Verantwortung. Lebensmittel sind eine Grundlage menschlichen Seins. Sie betreffen jeden persönlich. Wer anonyme Warenströme umgeht und den direkten Kontakt sucht, wird Genugtuung beim Kauf und Verkauf, dem Anbau und dem Zubereiten erleben.

Marcus Nürnberger,

Redakteur der unabhängigen Bauernstimme

Impressum



Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Christine Weißenberg: 02381-492210
 Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520
Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)
Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Der Ausstieg aus der Energiewende?

Die Regierungskoalition wendet sich mit ihrem Entwurf zum EEG wieder den (Kohle- und Atom-) Konzernen zu

Als die schwarz gelbe Bundesregierung als eine ihrer ersten Amtshandlungen im Jahr 2010 den Atomausstieg rückgängig gemacht hat, gingen hunderttausend Menschen auf die Straße, um dagegen zu protestieren. Ein halbes Jahr später gab es dann den zweiten Supergau innerhalb von 25 Jahren, in Fukushima. Die Anti AKW Bewegung war so stark wie nie zuvor. Über 25.000 Menschen forderten in Berlin den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie. Sofort sind dann zwar nur die sieben ältesten Meiler und Krümmel vom Netz genommen worden, aber im Zuge dessen haben sich alle Parteien die Energiewende auf die Fahnen geschrieben. Der Ausstieg aus der Atomenergie soll bis 2022 gemeistert sein, der aus den fossilen Energiequellen spätestens 2050. Der Energiewende wird eine so hohe Bedeutung zugemessen, dass ihre Zuständigkeit inzwischen beim Wirtschaftsministerium angesiedelt ist und der Vizekanzler und SPD-Vorsitzende die Umsetzung persönlich stemmen soll.

EEG-Bremse

Wenn man sich aber jetzt seine Entwürfe zum EEG 2014 anschaut, scheint er keine ehrgeizigen Ziele mehr beim Ausbau der Erneuerbaren Energien zu verfolgen. Vielmehr scheint der Regierung deren Ausbau in den letzten Jahren viel zu schnell vorangekommen zu sein. Momentan beträgt ihr Anteil 25 Prozent am Strommarkt. Bei einem weiteren Ausbau müssten Kohlekraftwerke oder Atomkraftwerke vom Netz genommen werden, wenn wir nicht noch mehr Überkapazitäten haben wollen. Und hier liegt das große Dilemma des EEG. Durch die Überkapazitäten am Strommarkt sind die Preise an der Börse total im Keller. Über die EEG-Umlage wird ja bekanntlich die Differenz zwischen dem Börsenpreis und der garantierten Einspeisevergütung der EEG-Anlagen auf 20 Jahre finanziert. Diese Differenz klafft aber immer weiter auseinander und dadurch steigt die EEG-Umlage zusätzlich. Nun hat man aber scheinbar auf Regierungsseite den Kohlekraftwerksbetreibern in den Koalitionsverhandlungen Zugeständnisse gemacht. Ein Zurückfahren dieser Art der Energieerzeugung scheint momentan nicht gewollt, weil es eine große Kohlelobby innerhalb der SPD gibt. Ausgerechnet Hannelore Kraft aus NRW, dem Land mit den meisten Kohlekraftwerken, war in den Koalitionsverhandlungen für das Thema Energie zuständig. Da lässt sich an fünf Fingern abzählen, dass sie sich nicht für eine Energiewende, weg von der

Kohle stark macht. Obwohl Kohle ja bekanntlich besonders klimaschädlich ist (über 1.000 g CO₂/ kWh). Aber das Thema Klimaschutz spielt plötzlich keine Rolle mehr. Wir haben es seit Anfang der 90er Jahre nicht geschafft unseren CO₂ Ausstoß zu reduzieren und seit 2012 steigt er sogar wieder. Die Erneuerbaren Energien könnten hier einen großen Beitrag leisten, statt dessen herrscht Konzeptlosigkeit und Aktionismus.

Biogas abwracken

Die vorgelegten ersten Entwürfe für ein EEG 2014, da sind sich alle Beobachter einig, deuten auf ein Gesetz hin, das den Ausbau von Sonne und Wind stark bremsen, und den von Biomasse zum Erliegen bringen wird. Der Aktionismus ist am besten beim Biogas zu erkennen. 2009 hat man mit einer recht hohen Vergütung dafür gesorgt, dass es zum Boom in der Branche kam, mit der Folge, dass der Maisanbau stark zunahm. Im Entwurf zum neuen EEG will man den Biogasanlagenbetreibern nun eine „Abwrackprämie“ zahlen, wenn sie ihre Anlagen wieder runterfahren um, so die Begründung, dem gestiegenen Maisanbau entgegenzuwirken. Das Verrückte ist, dass dieser Vorschlag von den gleichen Leuten kommt, die 2008 das EEG 2009 gebastelt haben. Auch die anderen Vorschläge zum Bereich Biomasse sind so ausgedacht, dass sie keinen Neubau von Biomasseanlagen mehr erlauben und die Bestandsanlagen in ihrer Existenz gefährden, weil man ihnen die Innovation verbieten will. So sollen Boni zurückgenommen werden, die historisch eingespeiste Strommenge gedeckelt werden und die

flexible Stromproduktion (bedarfsgerechte Stromspeisung) gar nicht mehr gefördert werden. Die Anlagenbetreiber haben kaum Möglichkeiten Kostensenkungspotentiale zu nutzen, um zukünftig am freien Markt bestehen zu können. Die Branche hatte sich angeboten die Anlagen weiterzuentwickeln und den großen Vorteil, nämlich die Speicherbarkeit von Gas und dessen Verstromung zu Zeiten verstärkter Nachfrage, zu nutzen. Vor dem Hintergrund kaum vorhandener Speichermöglichkeiten für Strom ist eine Ablehnung dieses Angebots nicht zu verstehen.

Wind für Konzerne

Bei der Windkraft setzt man voll auf die Offshore Anlagen und zahlt diesen, im Vergleich zu Anlagen an Land, mehr als die doppelte Einspeisevergütung. Offshore-Anlagen werden nicht von Bürgern gebaut, sondern können nur von den großen Energieversorgern finanziert werden. Ob diese Anlagen in Zukunft zu Kosten von Onshoreanlagen erzeugen können, bleibt fraglich. Auch weil die Wartung dieser Anlagen aufwändiger und der Verschleiß höher ist. Bei der Windkraft an Land werden viele angedachte Standorte nicht mehr realisiert werden, weil sie angesichts des geforderten Referenzertrags nicht wirtschaftlich sind. Der Austausch kleinerer Anlagen gegen größere Rotoren, das so genannte Repowering, wird abgewürgt, weil der Bonus wegfallen soll. Und das ab 2017 geplante Ausschreibungsmodell für Standorte erschwert die Realisierung von Bürgerwindparks und begünstigt die Konzerne. Insbeson-

dere für Photovoltaikanlagen von Bedeutung sein wird die Ausgestaltung der Eigenstromumlage. Geplant ist im Moment, dass Anlagen bis 10 kWel. von der EEG-Umlage befreit sind, bei allen anderen aber für den selbst erzeugten und verbrauchten Strom die Umlage zu bezahlen ist.

Absägen verhindern

Die EEG-Umlage ist es, um die sich bei der Diskussion dann letztendlich alles dreht. So gerät der Ausbau der erneuerbaren Energien und vor allem auch der Klimaschutz ins Hintertreffen, weil er der Forderung untergeordnet wird, dass die Umlage sinken muss. Dabei gibt es für die Umsetzung dieser Forderung eine Vielzahl von Möglichkeiten, die aber bislang von der Politik nicht genutzt wurden. Im Gegenteil, die zunehmende Befreiung stromintensiver Betriebe von der EEG-Umlage in den letzten Jahren wirkt kontraproduktiv. Wir dürfen gespannt sein, ob das nächste Atomkraftwerk wirklich vom Netz geht, oder ob man, wenn es soweit ist, argumentiert, dass wir diese Energiefossile brauchen, um die Grundversorgung zu sichern, weil wir es versäumt haben alternative Energiequellen insbesondere Biogas, grundlasttauglich zu machen. In den nächsten Wochen und Monaten sind in Deutschland Demonstrationen gegen das Absägen der Energiewende geplant, mal schauen wie die Politik darauf reagiert.

Martin Schulz, Biogas- und Neulandbauer im AbL-Bundesvorstand



Stoppt der rote Energieminister die Energiewende?

Foto: Schlick/pixelio

Kreativität, Innovationsfähigkeit und Geschick

Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner zu Gentechnik und Leguminosen, Biogas und Greening

Unabhängige Bauernstimme: Die ABL und auch die Mehrzahl der Politiker sprechen sich für die Erhaltung einer bäuerlichen Landwirtschaft aus. Welche Hoffnungen können Sie den bäuerlichen Betrieben machen?

Helmut Brunner: Der bäuerliche Familienbetrieb ist Dreh- und Angelpunkt des modernen bayerischen Wegs in der Agrarpolitik. Wir wollen jedem Betrieb, unabhängig davon, ob er im Voll-, Zu- oder Nebenerwerb bewirtschaftet wird, eine Perspektive geben. Die Möglichkeiten dafür sind wegen der guten Infrastruktur und hohen Kaufkraft vor Ort vielfältig, etwa durch Erzeugung von Premiumprodukten, durch Kooperationen oder durch neue Einkommensstandbeine. Viel wichtiger als Größe sind Kreativität, Innovationsfähigkeit und das unternehmerische Geschick der Betriebsleiterfamilie. Dass heute ein Drittel aller deutschen Betriebe in Bayern wirtschaftet und Bayern eine der geringsten Raten bei der Betriebsaufgabe vorweisen kann, zeigt, dass dieser Weg richtig und aktuell ist.

Die Agrarministerkonferenz hat eine Erhöhung der Direktzahlungen für die ersten 46 Hektar beschlossen. Viele bäuerliche Betriebe hätten sich gewünscht, dass der von der EU vorgegebene Spielraum von bis zu 30 Prozent der nationalen Direktzahlungsmittel, statt der beschlossenen 6,9 Prozent genutzt worden wäre. Wie stehen Sie zu der Forderung nach einer Aufstockung der Mittel im kommenden Jahr?

Angesichts der sehr unterschiedlichen Strukturen und deshalb auch Positionen innerhalb Deutschlands sehe ich die von den Länderagrarministern beschlossene „Umverteilungsprämie“ bei den EU-Direktzahlungen als richtige Weichenstellung. Dass es auf meine Initiative hin gelungen ist, diese Strukturkomponente einzubringen und letztlich in Deutschland durchzusetzen, freut mich ganz besonders. Die Zuschläge auf die ersten Hektar kommen kleineren und mittleren bäuerlichen Betrieben und damit gerade Bayern zugute. Insofern war es gut, dass wir im Jahr der Entscheidung zur nationalen Umsetzung der EU-Agrarreform den Vorsitz bei der Agrarministerkonferenz hatten. Beschlossen

wurden Beträge von 50 Euro pro Hektar für die ersten 30 Hektar, 30 Euro für die nächsten 16 Hektar. Dafür wird aufgrund EU-rechtlicher Vorgaben ein entsprechender Prozentsatz für das Finanzvolumen in Deutschland festgelegt. Die im AMK-Beschluss festgelegten 6,9 Prozent waren hierfür nur eine Richtzahl. Bayern setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass ab 2015 sieben Prozent der nationalen Obergrenze bei den Direktzahlungen für die Umverteilungsprämie verwendet werden. Das Finanzvolumen für die Zuschläge auf die ersten Hektar wird in einem Bundesgesetz für die gesamte Finanzperiode 2015 bis 2020 festgelegt und kann nicht mehr angehoben werden.

Gerade in Bayern übernimmt die bäuerliche Landwirtschaft viele Aufgaben, die der Allgemeinheit, dem Tourismus und dem Naturschutz zugute kommen. Werden diese öffentlichen Leistungen auch in Zukunft über ein Direktzahlungssystem abgedeckt wer-



Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner

Foto: stmelv

den können, bei dem die tatsächlich geleistete Arbeitszeit nicht berücksichtigt wird?

Die vielfältigen und wichtigen Gemeinwohlleistungen der bäuerlichen Landwirtschaft werden sowohl von den EU-Direktzahlungen abgedeckt als auch über die Maßnahmen der 2. Säule der GAP honoriert. Gerade durch das Zusammenwirken der beiden Säulen gelingt es uns, eine leistungsfähige und vielfältige Landwirtschaft in Bayern zu erhalten, die die gesellschaftlichen An-

forderungen am besten erfüllt und dabei umfassende Gemeinwohlleistungen erbringt.

Nachdem die GAP nicht statisch ist, sondern fortwährend weiterentwickelt wird, könnte ich mir vorstellen, dass die Arbeitszeit über einen standardisierten Koeffizienten neben der Fläche als zweites Merkmal für die Gewährung der Direktzahlungen herangezogen werden kann.

Die Mehrheit der bayerischen Landwirte lehnt einen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ab. Wird es, vor dem Hintergrund der in Brüssel anstehenden neuen Zulassungen gentechnisch veränderter Maissorten, auch in Zukunft ein Bayern ohne Gentechnik auf dem Acker geben?

Der Freistaat hat hierzu eine klare Haltung. Wir lehnen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Bayern generell ab. Denn die Gentechnik bringt den bayerischen Landwirten keine Vorteile und ist von den Verbrauchern nicht gewollt. Die Staatsregierung wird daher auch künftig Sorge dafür tragen, dass es in Bayern keinen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen geben wird. Falls die Kommission den GV-Mais europaweit zulassen sollte, wovon auszugehen ist, wird die Staatsregierung alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um den Anbau dieser neuen Maissorte in Deutschland zu verhindern.

Bayern will mit seiner Eiweißstrategie unabhängiger von Eiweißfuttermittel-Importen aus Übersee werden, den Einsatz von Importsoja in der Rinderhaltung halbieren und den Eiweißbedarf in der ökologischen Tierhaltung ausschließlich aus der heimischen Erzeugung decken. Wie vertragen sich diese Ziele mit den Ansprüchen von großen Milch- und Mastbetrieben nach günstigen, gegebenenfalls gentechnisch veränderten Eiweißkomponenten?

In der bayerischen Rinderhaltung können nach Erhebungen der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft die Soja-Importe aus Übersee rechnerisch vollständig durch Raps ersetzt werden. Gleichzeitig ist ein Umstieg angesichts der derzeitigen Sojapreise für die Landwirte sogar kostengünstiger. Ebenso wichtig ist es aber auch, den Anbau

anderer Eiweißpflanzen, wie Klee gras, zu steigern und die vielfach noch ungenutzten Potentiale des Grünlands zu nutzen. Viele Milchviehalter setzen bereits auf leistungsfähige Grünlandbestände als beste und kostengünstigste Eiweißquelle. Bayern hat mit seiner Eiweißstrategie bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. Ziel ist es, die Eigenversorgung der bayerischen Bauern mit Eiweißfuttermitteln spürbar voranzubringen und Importe zu verringern.

Der Anbau von Leguminosen soll Teil des Greening werden. Immer wieder hört man die Forderung, für diese Greening-Flächen müsse der Einsatz von Pestiziden und Mineraldüngern erlaubt werden. Offensichtlich ein Widerspruch?

Ich sehe das nicht als Widerspruch. Bayern hat sich von Anfang an für eine praxisgerechte Umsetzung des Greenings eingesetzt. Wenn die landwirtschaftliche Produktion auf einem Teil der Fläche zu stark eingeschränkt wird, führt das dazu, dass die verbleibende Fläche umso intensiver genutzt wird. Das kann nicht unser Ziel sein. Daher müssen auch auf ökologischen Vorrangflächen produktive Flächennutzungen mit wirkungsvollen Beiträgen zu Umwelt-, Natur- und Klimaschutz möglich bleiben. Darüber waren sich die Länder bei der Sonderagrarministerkonferenz in München einig.

Auch in Bayern wurde in den vergangenen Jahren viel Grünland umgebrochen, um Mais für Biogasanlagen anzubauen. Daneben fehlt den Anlagen oft eine effektive Wärmenutzung. Wie wollen Sie die Effizienz und Klimaverträglichkeit von Biogas zukünftig verbessern?

Seit der Einführung des EEG im Jahr 2012 ist der Einsatz von Mais begrenzt und eine sinnvolle Wärmenutzung zwingend vorgeschrieben. Diese Vorgaben haben dazu geführt, dass in Bayern nur noch eine moderate Steigerung der Anlagenanzahl und ein leichter Zubau der installierten elektrischen Nennleistung zu verzeichnen war. Der Neubau großer Biogasanlagen kam nahezu zum Erliegen. Erfreulich ist jedoch aus bayerischer Sicht, dass überwiegend Kleinbiogasanlagen mit hohem Gülleanteil gebaut werden, die nicht nur einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten, sondern auch ein zusätzliches ökonomisches Standbein für die Familienbetriebe bilden.

Vielen Dank für das Gespräch mn

BMEL will Greening aushebeln

Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Agrarreform

Wenn es nach dem Bundeslandwirtschaftsministerium geht, können auf den ab 2015 neu auszuweisenden „ökologischen Vorrangflächen“ die Pflanzenschutzmittelspritzen und Düngerstreuer ihre Dienste tun. Wenn das so kommt, wird es neue Debatten geben, was denn das mit „ökologischem Vorrang“ zu tun haben soll. Ab 2015 müssen nach EU-Recht alle Empfänger von Direktzahlungen mit mehr als 15 ha Ackerland (bzw. ab 30 ha Acker in Betrieben mit dreiviertel Grünland- bzw. Grasanteil) „ökologische Vorrangflächen“ ausweisen, und zwar in einem Flächenumfang, der 5 Prozent ihrer gesamtbetrieblichen Ackerfläche entspricht. Soweit ist das EU-Recht zum „Greening“ klar. Einen großen Spielraum lässt die EU auf Drängen der Mitgliedstaaten aber in der Frage, was genau auf diesen Flächen angebaut werden darf und unter welchen Bedingungen. Die Mitgliedstaaten müssen im Rahmen dieses Spielraums Festlegungen treffen und diese von Brüssel genehmigen lassen. Die ersten Festlegungen dieser Art enthält nun ein Gesetzentwurf des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL) für ein Direktzahlungen-Durchführungsgesetz, das vom

Bundeskabinett am 26.02.2014 gebilligt worden ist. Demnach sollen in Deutschland alle Flächenarten, die nach der EU-Verordnung möglich sind, als ökologische Vorrangflächen anerkannt werden, auch Zwischenfrüchte bzw. Untersaaten. Dabei leisten Zwischenfrüchte wie Senf oder Ölrrettich für das EU-Ziel Förderung der biologischen Vielfalt keinen nennenswerten Beitrag. Auch wird damit möglich, dass Mais mit Untersaat und mit Mais als Folgefrucht als ökologische Vorrangfläche angerechnet wird. Das Bundesumweltministerium hatte sich in der Ressortabstimmung gegen die Aufnahme der Zwischenfrüchte ausgesprochen, dann aber dem BMEL doch nachgegeben. Ebenso hatte das Umweltministerium auch den Anbau von Leguminosen („stickstofffixierende Pflanzen“) nur unter der Bedingung auf ökologischen Vorrangflächen zulassen wollen, dass keine Pflanzenschutz- und Düngemittel eingesetzt werden. Doch auch hier hat die Umweltministerin dem BMEL schließlich nachgegeben. Das BMEL argumentiert beim Pflanzenschutz so, dass es für einen Ausschluss von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen keine EU-Rechtsgrundlage gebe. Die EU-Kom-

mission hat aber jüngst auf Anfrage von Euronatur schriftlich erklärt, dass die Mitgliedstaaten „auch bestimmte Anforderungen bezüglich der Anwendung von Produktionsmitteln vorsehen“ können, „damit das Ziel der Verbesserung der Biodiversität erreicht wird“.

Spritzen contra Vielfalt

Der Gesetzentwurf lässt diesen Punkt nun unregelt, und solange er unregelt ist, sind Pflanzenschutz- und Düngemittel auf ökologischen Vorrangflächen nicht tabu. Geregelt werden kann das aber auch noch in einer bundesdeutschen Rechtsverordnung, für die das BMEL gerade einen Entwurf erarbeitet, den es mit dem Umweltministerium im Einvernehmen abstimmen muss und der im Bundesrat die Zustimmung der Mehrheit der Länder braucht. Der Erhalt des Dauergrünlands (mindestens fünfjährige Wiesen und Weiden u.a.) gehört ebenfalls zu den Greening-Verepflichtungen, die im Gesetzentwurf näher geregelt werden. Demnach ist vorgesehen, dass der Erhalt von Dauergrünland zunächst nicht auf Ebene der Einzelbetriebe, sondern auf Ebene der Bundesländer (bzw. Regionen) umgesetzt werden soll.

Dabei lässt der Gesetzentwurf zu, dass der Anteil von Grünland an der gesamten Nutzfläche in der Region um weitere fünf Prozent abnimmt gegenüber dem Vergleichszustand (Anteil im Jahr 2012 plus zusätzliches Dauergrünland 2015). Wenn in einer Region die Grenze der Umwandlung von Grünland in Acker erreicht wird, soll jede weitere Umwandlung genehmigungspflichtig werden, so dass die Umwandlung dann untersagt oder z.B. davon abhängig gemacht wird, dass an anderer Stelle Acker in Dauergrünland umgewandelt wird. Auch hier kann nicht nur der Gesetzentwurf noch geändert werden, sondern über die erwähnte bundesdeutsche Rechtsverordnung deutlich und wirksam nachgebessert werden. Der Gesetzentwurf regelt auch die Umschichtung von 4,5 Prozent Direktzahlungsgelder in die zweite Säule, die Fortführung der Zusatzprämien für die ersten 46 Hektar, die Einführung der Junglandwirtezahlung und Kleinerzeugerregelung, die bundesweite Angleichung der Zahlungsansprüche bis 2019, die Neuzuteilung der Zahlungsansprüche im Jahr 2015 sowie den Verzicht auf die Staffelung bei Großbetrieben. *Ulrich Jasper*

Aufarbeitung der Agrargeschichte unerwünscht

Landesregierung will in Sachen rechtswidriger LPG-Umwandlungen nichts machen

Man solle/könne/dürfe doch nicht das Rad der Geschichte zurückdrehen, ist eine gern benutzte Aussage wenn es um unliebsame Vorgänge in der Vergangenheit geht. Neuester Nutzer ist Fritz Tack, agrarpolitischer Sprecher der Linken im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, der so eine Anfrage der Landtagsgrünen zum Umgang mit den fehlerhaften LPG-Umwandlungen bereits im Vorfeld als „untaugliche Aktion“ abkanzelte. In seiner persönlichen Geschichte war er SED-ParteiSekretär der Sektion Landtechnik. Die grüne Landtagsabgeordnete Ursula Karlowski hatte die CDU/SPD-Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns gefragt, ob sie eine Überprüfung der fehlerhaften LPG-Umwandlungen bei den Registergerichten veranlassen werde. Laut des bereits 2002 veröffentlichten Berichts des Jenaer Rechtsprofessors Walter Bayer sind in Mecklenburg-Vorpommern besonders viele, im Schnitt jede siebte, Umwandlung juristisch nicht rechens. Till Backhaus, SPD-Landwirtschaftsminister in Mecklenburg-Vorpommern, hatte schon 2002 als einziger die Liste der von Bayer untersuchten und für rechtsunwirksam befundenen Unternehmen angefor-

dert, erhalten und nichts damit unternommen. Er war zu DDR-Zeiten selbst Leiter einer LPG.

Land mit Geschichte

Heute hatte er, nachdem das Thema durch die Arbeit der Enquetekommission im nachbarlichen Brandenburg wieder auf die Tagesordnung gerückt und dort Überprüfungen eingeleitet wurden, auch eine Untersuchung eingefordert. Abgelehnt hat das Ansinnen der Grünen nun aber die Justizministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Marie Kuder (CDU). Man könne nur in einem konkreten Verdachtsfall prüfen, nicht aber generell und ein Einzelfall sei der Justiz nicht bekannt, so ihre Begründung. Kuder, die ohne eigene DDR-Vergangenheit, anders als ihr Innenministerkollege Lorenz Caffier (CDU), der auch LPG-Vorsitzender war, über den Zweifel erhaben sein sollte, persönliche Interessen am nicht zurückdrehen des Rades der Geschichte zu haben, sagte einmal in einer Rede vor ehemaligen politischen Häftlingen des DDR-Regimes: „Die DDR ist noch nicht einmal eine Generation Geschichte. Doch wird seit langem schon darüber diskutiert, ob die Aufarbeitung abgeschlossen werden sollte. Ich sage ganz klar - NEIN. Geschichte kann

und darf nie abschließend aufgearbeitet sein.“ Mindestens die Information der ehemaligen LPG-Mitglieder über das geschehene rechtliche Fehlverhalten und - so die Empfehlung der Enquetekommission in Brandenburg zum Umgang - die Suche nach einem einvernehmlichen Interessensausgleich gehört aber auch zur Aufarbeitung von Geschichte. Stattdessen windet sich das Land mit Worten wie: „Die Umwandlung der ehemaligen LPG ist zivilrechtlicher Natur. Die Entscheidung über die Wirksamkeit einer Umwandlung obliegt nicht der Landesregierung.“

Keine Einzelfälle

Zwar habe man in der Tat 2002 die Liste mit den Namen der betroffenen Unternehmen aus Jena erhalten, aber aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht archiviert, heißt es in der Antwort auf die Grünenanfrage. Will sagen, wenn es damals noch Überprüfungsmöglichkeiten der als Einzelfälle vorhandenen Unternehmensnamen gegeben hätte, heute kennt man sie nicht mehr (und will sie offenbar auch nicht mehr kennen oder bei Bayer nachfragen). Man habe damals die betroffenen Nachfolgebetriebe informiert und ihnen die Konsequenzen aufgezeigt, heißt es in der Ant-

wort der Landesregierung weiter, die betroffenen ehemaligen LPG-Mitglieder hält man offenbar nicht für informationswürdig. „Eine solche Politik richtet sich gegen die ca. 150.000 ehemaligen nach der Wende in Mecklenburg-Vorpommern ausgeschiedenen LPG-Mitglieder und ihre Familien. Es ist die politische Pflicht und Verantwortung der Landesregierung, diesem Personenkreis oder ihren Erben mitzuteilen, ob sie noch Mitglied einer LPG i.L. sind“, schreibt Jörg Gerke, AbL-Sprecher für ostdeutsche Bodenpolitik in einer Presseerklärung. Könnte man vielleicht in dieser Hinsicht noch damit argumentieren, dass sich doch bislang niemand beschwert habe und somit nur unnötig alte Fässer wieder aufgemacht würden, so geht es doch wie immer auch um eine Menge Geld. Für 20 Jahre Agrarsubventionen, die womöglich an nicht rechtmäßige Unternehmen gezahlt wurden stehen im Raum. Und alles erscheint heute vor dem Hintergrund, dass es oft gerade diese Unternehmen sind, die durch einen schleichenden Rauskauf der noch übrigen Genossenschaftsmitglieder zu Spekulationsobjekten für Kapitalanleger werden, Arbeitsplätze wegrationalisieren und Bodenpreise nach oben treiben. *cs*

„Kuhdorf? Nein Danke“

Mit diesem Slogan protestiert eine Bürgerinitiative in Rastede (Landkreis Ammerland) gegen den Bau eines Kuhstalles mit 600 Plätzen

Gingen die Bürger bislang allein gegen neue Schweine-, Hähnchen- und Putenställe auf die Barrikaden, so stößt nun auch die Milchwirtschaft auf Ablehnung in der Bevölkerung zumindest dann, wenn die Größe der Ställe die eher romantischen Vorstellungen von der Landwirtschaft in der Bevölkerung sprengt. „Massentierhaltung quo vadis? Ist industrielle Tierhaltung noch sinnvoll?“ war denn auch das Thema einer von fast 200 Menschen sehr gut besuchten Podiumsdiskussion, zu der die Bürgerinitiative eingeladen hatte. Zur Beantwortung dieser Frage trug die Veranstaltung we-

zu stellen. Die Diskussion war emotional und weitgehend abstrakt zugleich. Zu denken gaben jedoch die Ausführungen von Susanne Grube (BUND). Bei ihren Kartierungen habe sie noch vor zehn Jahren bis zu 30 Arten im Grünland gefunden; heute sind es unter zehn. Ihre Prognose: Wenn jetzt Ställe mit mehreren hundert Kühen entstehen, dann führt dieser neue Intensivierungsschritt noch einmal zur Abnahme der Tier- und Pflanzenvielfalt. Doch die Frage, ob nicht der Kostendruck schon viele kleinere Betriebe zur weiteren Ertragssteigerung ihres Grünlandes zwingt, stellte sie nicht. Wie hoch die-

Meyer-Hullmann: „Mit Ihrem Stall verdrängen sie zehn Betriebe wie meinen.“ Und Ilchmann stellte die Frage: „Sind vielleicht die in meiner Größe, die jetzt ihre Landwirtschaft aufgeben und ihre Flächen verpachten besser dran?“ Der Landesvorsitzende der AbL kritisierte, dass diese Entwicklung von den großen Molkereien gefördert werde, die nur dann ihre Produkte auf dem Weltmarkt absetzen könnten, wenn sie preiswerte Milch im Überfluss hätten. Für ihn liegt stattdessen auf der Hand: Die Milchviehbauern in Europa haben auf dem Weltmarkt nichts zu suchen. Die EU-Agrarpolitik gebe die

nen hohen sechsstelligen Betrag ausgab. Rund 50 Landwirte interessierten sich dafür.

Mehr Geld für die Milch

Die Markenidee ist, dass einerseits die Landwirte für ihre Milch 45 Cent bekommen und der Kunde deshalb im Supermarktregal für die Faire Milch einige Cent mehr bezahlt. Der Kunde bekommt dafür die Zusicherung, dass die Tiere mit gentechnisch freiem Futter gefüttert wurden, das Futter zu höchstens 30 Prozent aus Maissilage bestand, die Tiere pro Liter Milch höchstens 200 Gramm Kraftfutter bekamen und dieses Kraftfutter nicht in die EU importiert wurde. Außerdem müssen sich die Landwirte an einem Umweltschutzprogramm ihre Wahl beteiligen. Das charmante an diesem Markenprojekt ist, dass alle Landwirte, sofern sie Mitglied im BDM sind oder werden, sofort mitmachen können. Zwar werden weniger Liter zu Fairer Milch abgefüllt, als die Teilnehmer liefern könnten, doch die Zusatzeinnahme aus dem Verkauf der Fairen Milch wird auf alle Teilnehmer verteilt. Der Name aller wird außerdem im Internet veröffentlicht, damit die Kunden sehen können, welchen Landwirt in ihrer Nähe sie mit dem höheren Kaufpreis unterstützen. Organisiert ist das Projekt als Genossenschaft. Alle BDM-Landwirte, auch die, die nicht mitmachen, können Anteile an dieser Genossenschaft erwerben. Der Mindestanteil beträgt 500 Euro. Die Anteile werden mit zwei Prozent verzinst. Wer jedoch nicht nur Genosse ist, sondern sich auch an die Qualitätsbedingungen hält, der gehört zu denjenigen, an die das ausgeschüttet wird, was über diese zwei Prozent für die Genossenschaftsanteile hinaus geht. Schaber sagte, die Genossenschaft gehe davon aus, dass die Einhaltung der Qualitätsbedingungen dem einzelnen Bauern ein bis zwei Cent pro Kilogramm Milch bringe. Die Auszahlung hänge natürlich vom jeweiligen Milchpreis ab. Jetzt betrage der Preisunterschied zwischen normaler und fairer Milch etwa fünf Cent. Wenn der Milchpreis auf 35 Cent sinke, liege die Differenz bei 10 Cent und die Ausschüttung erhöhe sich. Die Teilnahme an der „Fairen Milch“ sei deshalb auch ein Puffer gegen Milchpreisschwankungen. Schaber forderte die Landwirte eindringlich auf, mitzumachen. „Werft eure Skepsis über Bord und kauft einen oder zwei Genossenschaftsanteile.“ 500 Euro seien doch nur ein ganz kleines Risiko. re



Mit steigender Kuhzahl sinken die Chancen auf Weidegang und damit artgerechte Haltung

Foto: Kuhlemann/pixelio

nig bei. Schon bei der Entscheidung, ob das Projekt des Landwirtes Christian Meyer-Hullmann der industriellen oder der bäuerlichen Landwirtschaft zuzurechnen sei, saßen die Teilnehmer in der Zwickmühle. Zusammen mit seiner Frau und mit Hilfe von 12 Angestellten bewirtschaftet der Landwirt 450 Hektar mit zwei 500-kW-Biogasanlagen und 400 Kühen, zu denen jetzt weitere 600 an einem zweiten Standort hinzukommen sollen. Der Vater von sieben Kindern ließ in der Diskussion keinen Zweifel daran, dass er diesen Stall benötige, um seinen Hof zukunftssicher zu machen und um ihn an die nächste Generation weitergeben zu können.

Der Intensivierungsschritt

Die Diskussion drehte sich dann um zusätzliche Verkehrsbelastung, Emissionen, multiresistente Keime und Nitrat im Grundwasser. Es gelang jedoch nicht, diese aus dem Streit um Schweine- und Weißfleischställe bekannten Argumente auf die Milchwirtschaft im Allgemeinen oder das Rasteder Vorhaben im Besonderen scharf

ser Kostendruck ist, darüber informierte Ottmar Ilchmann von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) die Rasteder Bürger. Ilchmann erinnerte daran, dass 2015 die Milchquote ausläuft. Eine Mengenbegrenzung gebe es dann nicht mehr. Das werde zu einer Ausweitung der Milchmenge in Europa führen und den Kostendruck für die Milchbauern verschärfen. Diese zusätzliche Milch sei nur auf dem Weltmarkt abzusetzen. Für den Weltmarkt seien aber die deutschen Produktionskosten zu hoch, in anderen Ländern (USA, Neuseeland) könne Milch preiswerter erzeugt werden. Hinzu komme, dass die Landwirte, die ihre Produktion vergrößerten, mehr Fläche benötigten. Die sowieso schon hohen Pacht- und Flächenpreise würden dadurch weiter steigen. Die Folge des Kostendrucks, so Ilchmann in der Rasteder Diskussion, seien immer größere Ställe und immer intensivere Landnutzung. Diese Intensivierung gehe mit der Verdrängung der kleinen Betriebe durch die großen einher. Ilchmann, der 60 Kühe melkt, zu

falschen Rahmenbedingungen vor. In der EU lebten 500 Millionen Menschen, von denen viele über (im weltweiten Vergleich) hohe Einkommen verfügten. Sie könnten den Familienbetrieben auch den Preis bezahlen, den sie für die Weiterentwicklung und Übergabe ihrer Höfe an die nächste Generation benötigten.

Die Spirale durchbrechen

Doch die Verabschiedung vom Weltmarkt wird schwer durchzusetzen sein. Die Frage ist deshalb: Gibt es auch unter den gegebenen Bedingungen für die kleineren Familienbetriebe Chancen, einen höheren Preis durchzusetzen, der den Wachstums- und Intensivierungsdruck verringert? Diese Chancen waren (zufällig) das Thema einer Veranstaltung des Bundesverbandes Deutscher Milchviehalter (BDM) in Moorland (Landkreis Leer) einen Tag nach der Rasteder Veranstaltung. Romuald Schaber, Vorsitzender des BDM, stellte dort die Marke „Faire Milch“ vor, für deren Aufbau der BDM in den vergangenen Monaten ei-

Flächenbindung und Weidegang

Niederländische Strategie als Signal für Deutschland

Für eine flächengebundene Milchviehhaltung mit Weidegang haben sich der niederländische Bauernverband LTO und der Molkerei-Verband NZO im Rahmen einer strategischen Einigung ausgesprochen. Auch der Molkereikonzern FrieslandCampina will keine Milch von Betrieben abnehmen, die für ihr Wachstum neue Umweltgenehmigungen benötigen und die keinen Weidegang praktizieren – es sei denn, letztere würden ausreichende Mengen Futterpflanzen aus der nahen Umgebung beziehen. Der niederländische Milchsektor will „aus Respekt für Tier und Umwelt“ künftig Maßnahmen ergreifen, um den Weidegang auf dem Niveau von 2012 (mit 81 Prozent) zu halten und sogar noch unterhalb der Vorgaben für Phosphat, Ammoniak und Treibhausgas zu bleiben. Bauernverband und Molkereiverband appellierten an die Behörden, keine Ställe bei unerwünschten Formen von Milcherzeugerbetrieben (Betriebe mit geschlossenen Ställen und/oder ohne ausreichende Flächen) zu genehmigen. Eine vorangegangene Studie hatte per Repräsentativ-Umfrage die Meinung der Milchbauern zu staatlichen Regulierungs-Maßnahmen nach dem Auslaufen der Milchquote im April 2015 ermittelt. Die deutliche Mehrheit der Milchviehalter plädierte dabei gegen eine ungehemmte Ausweitung und Intensivierung der Milcherzeugung und für eine Begrenzung des Wachstums durch Vorgaben bei der Flächenbindung der Produktion. Der Großteil der Milchbauern lehnte eine Entwicklung ab, bei der die Zahl der Milchviehalter mit mehr als 250 Kühen anwachsen und bei der parallel dazu die ganzjährige Stallhaltung auf Kosten des Weidegangs zunehmen

würde. Als gut und gesund für Kühe bewerteten 82 Prozent der befragten Milchbauern den Weidegang, der nach wie vor bei den Betrieben bis zu 110 Kühen dominiere. Einen hohen Anteil an Weidegang gebe es bei den Lieferanten von Molkereien wie Cono, Rouveen und FrieslandCampina, die hierfür Prämien zahlten, die allerdings auf mehr als 1 Cent/kg Milch angehoben werden müssten.

Niederlande und Niedersachsen

Der Milchbauer und Vorsitzende der AbL Niedersachsen/Bremen Ottmar Ilchmann verwies warnend auf die agrarindustrielle Entwicklung in großen Bereichen der Tierhaltung in den Niederlanden, die zu Bauernhofsterben, Akzeptanzverlust und staatlichen Regulierungs-Maßnahmen geführt habe. So müssten zukünftig große Teile der betrieblichen Gülle-Überschüsse kostenintensiv verbrannt, verarbeitet oder exportiert werden. Umso begrüßenswerter sei die beim jüngsten „Gülleipfel“ in Berlin zwischen den Niederlanden, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen vereinbarte Zusammenarbeit, die sich nicht nur auf die Regulierung der Gülle-Importe aus den Niederlanden beziehen dürfe, sondern auch auf eine gemeinsame Strategie für eine bäuerliche, flächengebundene und artgerechte Tierhaltung mit kostendeckenden Erzeugerpreisen für begrenzte Mengen. Ilchmann begrüßte nachdrücklich die beabsichtigten Förder-Maßnahmen der niedersächsischen Landesregierung für benachteiligte Grünlandregionen mit einem deutlichen Förderschwerpunkt bei der Weidehaltung.

Eckehard Niemann

Ein Experte unter sich

DBV-Präsident Joachim Rukwied konnte es nicht länger für sich behalten. Auf einer Verbandstagung des Kreisbauernverbandes Börde wusste er zum Thema Düngung und Ökologische Vorrangflächen von der für ihn doch seltenen und in seiner Wahrnehmung eher wundersamen Pflanzenfamilie der Leguminosen zu berichten, dass diese eine kleine Stickstoff-Startgabe ganz gut vertragen. Man kann sich diesen Moment der Erinnerung an alte Zeiten gut vorstellen, die Augen fangen an zu glänzen, die Mundwinkel ziehen sich gen Ohr läppchen und auf einmal wird von den ersten Erfahrungen mit der Ackerbohne berichtet: Eine Startgabe in Form von 30 bis 40 Kubikmeter bester Rindergülle konnte denen nichts anhaben. Kurz vor der Aussaat, im Kriechgang mit dem Güllefaß über den leicht gefrorenen Boden, untergepflügt und die Bohne reingedrillt. Ein schmieriger Film umgab die sich schwach entwickelten Knöllchenbakterien noch im Frühsommer. Was sicherlich unter dem Aspekt „Entsorgung von wertvollem organischem Stickstoff“ in der Praxis einen gewissen Stellenwert hatte, wurde wohlweislich der nun aufkommenden Diskussion um Düngung und Pflanzenschutzmittel auf Ökologischen Vorrangflächen innerhalb einer Versuchsreihe von Dr. Wolfgang Saueremann von der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, schon vor einigen Jahren widerlegt. Hier wurden Ackerbohnen mit einer „Startgabe“ von 40 kg N/ha verglichen mit dem klassischen und sinnvollen Anbau ohne N-Düngung. Die Ergebnisse waren wenig überraschend. Die gedüngte Ackerbohnen-Variante erzielte keine höheren Kornträge, ökonomisch waren sie der ungedüngten Variante gar unterlegen. Bezüglich der Stilllegung der kleinen Kraftwerke namens Knöllchenbakterien erzielt die N-Düngung durchaus ihren Zweck. Bei Verfügbarkeit von höheren Mengen an mineralisiertem Stickstoff im Boden „switcht“ die Leguminose einfach um, die Knöllchenbakterien stellen ihren Dienst ein und ernähren sich von mineralisiertem Bodenstickstoff. Wann der Bauernverbandspräsident auf eine nachhaltigere und ressourcenschonendere Landwirtschaftspolitik „umschicht“ ist uns dagegen leider nicht bekannt.

Christoph Dahmann, Vom Acker in den Futtertrog, AbL-NRW

Kurzes am Rande



In Holland sollen wieder mehr Kühe auf die Weide Foto: Schubalu/pixelio

Gegen Schönrederei niedriger Milchpreise

Beschönigende Falsch-Darstellungen der wirtschaftlichen Lage der Milchbauern durch Milchkonzerne und Bauernverbands-Vertreter hat der niedersächsische AbL-Landesverband kritisiert. Die Erzeugerpreise seien zwar nicht mehr so katastrophal niedrig wie vor einigen Jahren, aber angesichts massiv angestiegener Preise für Futtermittel und Landpacht längst noch nicht kostendeckend. Der Strukturwandel mit der Verdrängung bäuerlicher Betriebe gehe deshalb unvermindert weiter - mit einer zunehmenden Verlagerung der Milcherzeugung in agrarindustrielle Größenordnungen und zu Lasten lebendiger ländlicher Regionen und der Nutzung von Weiden und Grünland generell. AbL-Landesvorsitzender Ilchmann warnte davor, sich auf die angeblichen Aussichten der Weltmarkt-Exportstrategie großer Molkereikonzerne und deren vorgebliche „Wertschöpfungsketten-Partnerschaft“ mit den Bauern zu verlassen. Angesagt sei weiterhin eine eigenständige Interessenvertretung der Milchbauern, um durch eine molkerei-übergreifende Bündelung der Milchmengen in Erzeugerhand ausreichende und zukunftssichernde Erzeugerpreise in Höhe von 50 Cent gegenüber allen Molkereien und damit auch gegenüber dem Handel durchzusetzen. Angesichts des Auslaufens der Milchquote im Jahre 2015 sei dies umso dringlicher, weil mit einem weiteren Anstieg der preisdrückenden Milchüberschüsse zu rechnen sei. *en*

Risiken bei Anti-Drahtwurmmittel

Anlässlich der erneuten befristeten und mengenmäßig begrenzten „Notfall-Zulassung“ des BASF-Pflanzenschutzmittels „Goldor Bait“ zur Anwendung gegen Drahtwurm-Befall im Kartoffelbau hat der AbL-Landesverband Niedersachsen/Bremen das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) auf die damit verbundenen wirtschaftlichen Risiken für Kartoffelanbauer hingewiesen. Ende letzten Jahres hatte das BVL die Zulassung abgelehnt - nicht nur wegen der Risiken des Wirkstoffs Fipronil für Bienen, sondern auch wegen möglicherweise im Jahre 2014 gesenkter EU-Rückstandshöchstwerte, die eine Vermarktung behandelte Kartoffeln unmöglich machen würde. Die jetzige Zulassung von Goldor Bait begründete das BVL damit, dass „inzwischen verlässliche Informationen der Europäischen Kommission“ vorliegen würden, dass die Absenkung der Rückstandshöchstgehalte „die im Jahre 2014 erzeugten Kartoffeln“ noch nicht betreffen. Allerdings gibt es in der Branche Zweifel, ob man sich auf diese mündlichen Zusagen verlassen könne. Die AbL fordert massive Forschungs-Anstrengungen, um endlich wirksame anbautechnische Maßnahmen gegen den wirtschaftlich immer bedrohlicheren Kartoffelschädling zu entwickeln. Gerade im Ökolandbau gibt es bisher keine wirklichen Regulierungsmaßnahmen. *en*

Sonnleitner stoppen

Wie war das doch gleich mit dem Bock und dem Gärtner? Erinnert daran jedenfalls fühlte man sich, als DBV-Alterspräsident Gerd Sonnleitner zum Ehrenbotschafter für bäuerliche Landwirtschaft ernannt wurde. Der Funktionär, der zu seiner Amtszeit als Bauernpräsident immer auch, wenn nicht gar vorrangig, die Interessen der Industrie mitdachte hat sich jetzt zum Schutz der kleinbäuerlichen Landwirtschaft geäußert. Wer sich allein deren Schutz verschreibe, der betreibe „... eine Zementierung der Armut“, stellte Sonnleitner auf einem Nord-Süddialog in Brüssel klar. Die Kleinbauern müssten ertüchtigt werden, sich zu produktiven Einheiten zusammenschließen. Hierfür bräuchte es Rechtssicherheit und klare Eigentumsstrukturen. Nur so könne es gelingen, die Welternährung langfristig zu verbessern. *mn*

And the winner Kartoffel des Jahres is...

„Mit ihrem intensivem Geschmack und ihrer langjährigen Erfolgsgeschichte verdient sie die Auszeichnung zu Recht“, mit diesen Worten verkündete Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer die Kartoffel des Jahres 2014 – Granola. Sie hatte schon im Zulassungsjahr 1975 viele positive Aspekte, die Anbauer und Verbraucher auch heute noch schätzen: Gut an die Bedingungen unterschiedlicher Standorte angepasst, damit für viele Regionen und Klimazonen geeignet, beeindruckte sie lange durch sichere und hohe Erträge unabhängig von Standort und Klima, begründet die Jury aus Vertretern von Interessensverbänden und Anbauern. Auch nach fast 40 Jahren im Markt sei Granola noch immer eine beliebte Kartoffel – vorwiegend in Mittelamerika und in Südostasien, wie zum Beispiel Sri Lanka, Bangladesch oder auf den Philippinen. *pm*

Puten- und Kartoffelzucht-Macht

In Zusammenhang mit den Tierquälerei-Vorwürfe von PETA gegen das Putenzucht-Unternehmen „Moorgut Kartzfehn“ geriet abermals ins Blickfeld, dass die Zuchttrichtungen im Putensektor mittlerweile von nur noch zwei Konzernen bestimmt werden – nämlich von „Aviagen Turkeys“ des deutschen „EW“-Geflügelzuchtkonzerns und von „Hybrid“ des niederländischen Multis „Hendrix Genetics“. Mit beiden arbeitet das „Moorgut Kartzfehn“ eng zusammen. Die von diesen Konzernen verfolgte agrarindustrielle Zucht-Ausrichtung führt zu Tieren, deren Skelett die Fleischmassen kaum tragen kann. Ein nahezu flächendeckender Antibiotikaeinsatz ist unvermeidbar. Moorgut Kartzfehn-Eigner Dr. Kartz von Kameke, ist mit der Saka-Ragis-Solana-Kartoffelzucht einer der drei großen Player in der deutschen Kartoffelzucht und Ex- und nunmehr Ehren-Vorsitzender des Bundesverbandes deutscher Pflanzenzüchter, BDP. *en*

LKW-Blockade vor Straathof-Lohnmästerei

Die niederländische Schweine-Holding des Agrarindustriellen Adriaan Straathof mit mittlerweile 65.000 Sauen in den Niederlanden, Deutschland und Ungarn und berüchtigt dafür, ihre Interessen nötigenfalls auch unter Missachtung von Vorschriften durchzusetzen, hat in Tschechien eine von ihr angemietete 11.000er Lohnmastanlage mit LKWs blockiert. Hintergrund sind offenbar Streitigkeiten über die Bedingungen dieser Lohnmast zwischen Straathof, dem die Tiere und Futter gehören, und dem Eigentümer der tschechischen Agrarfabrik, der auf eigene Faust etwa 800 Straathof-Schlachtschweine verkauft haben soll. Die Polizei ermittelt. *en*

Verteidiger für die Landwirtschaft

Schon wieder ein neuer Landwirtschaftsminister. Weil der die Kriterien des bayerischen Proporz mit seiner Herkunft Franken und seinem evangelischen Glauben erfüllt, darf sich Christian Schmidt auf dem ihm eigentlich unbekanntem Terrain versuchen. Der langjährige Verteidigungsexperte der CSU war nach der Bundestagswahl bereits als Staatssekretär ins Entwicklungshilfeministerium gewechselt, nun löste er den über die Edathy-Affäre gestolperten Hans-Peter Friedrich ab. Gesunde Ernährung und nachhaltiges Wirtschaften wolle Schmidt zu den Schwerpunkten seiner Arbeit machen, kündigte er an. Lebensmittelerzeugung sei als gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Öffentlichkeit zu vermitteln. Kritische Töne ließ er bereits in Sachen Gentechnik hören, damit bleibt er auf der Linie Friedrichs, die allerdings jüngst bei der Genmaiszulassung gegen die CDU wirkungslos blieb. Aber vielleicht verteidigt ein Verteidigungsexperte die Bedenken der Bürger bei der nächsten Nagelprobe in dieser Thematik ja besser als sein Vorgänger. *pm*

Kurzes am Rande

Boden, Biogas und Neuwahlen

Jahresmitgliederversammlung der AbL Bayern in Ampfing

Zur Jahresversammlung der AbL Bayern waren mehr als 100 Mitglieder und interessierte Zuhörer im Gasthaus Ampfing Hof erschienen. Der Referent Hermann Pennwieser, Bio-Landwirt aus dem Innviertel, zeigte in seiner „Bilderreise in die Wunderwelt des lebendigen Bodens“, in faszinierenden Mikroskopaufnahmen das vielfältige Leben von Mikroorganismen und Pilzgeflechten. Vergleichbar armselig ist dagegen das an Landwirtschaftsschulen vermittelte, auf das Format eines Chemiebaukastens zusammen gestutzte Bild vom Boden. Schon allein vom Betrachten wurde klar, dass diese fein vernetzten und verbundenen Strukturen ständig in Gefahr sind, durch Bodenverdichtung, Chemieinsatz oder falsche Bodenbearbeitung, derart geschädigt zu werden, dass sie ihren wichtigen Funktionen Bodenstabilisierung, Humusaufbau und Nährstoffumsetzung, nicht mehr gerecht werden können. Nicht allein die Menge an organischer Masse im Boden sei entscheidend, sondern vielmehr die Umsetzungsdynamik. Meterbreite Reifen an immer schwerer werdenden Maschinen bringen nur optische Vorteile, weil keine tiefen Spuren entstehen. Graphiken jedoch zeigten deutlich, dass breitere Reifen bei entsprechender Ausnutzung ihrer Tragkraft zu Bodenverdichtungen in bis zu einem Meter Tiefe führen. Vielfältige Fruchtfolgen mit 20 bis 30 % Leguminosen, im Idealfall Ackerfutterbau und organischer Dünger seien Voraussetzung für Verbesserung bzw. Erhalt der Bodenfruchtbarkeit, der Grundlage jeder wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung eines Landes. Die Auswirkungen der Biogaswirtschaft auf das Bodenleben sei viel zu wenig erforscht, er habe große Bedenken, dass sich hier langfristig ungewollte Effekte einstellen. Eindringlich appellierte er an die Zuhörer, eigene

Wege und Konzepte auszuprobieren und das Dogma „Wachstum“ in Frage zu stellen, da dadurch die für eine optimale Betreuung des Bodens notwendige räumliche und auch die emotionale Nähe verloren gehe. Die AbL-Vorsitzenden machten in ihrem Jahresrückblick deutlich, dass die Ergebnisse der EU-Agrarreform weit hinter den Erfordernissen zurückgeblieben seien. Der Zahlungsaufschlag für die ersten Hektar sei kein „Schritt in die richtige Richtung“, sondern wieder nur eine kosmetische Operation am „Dinosaurier“ Flächenzahlungen. Dieses zur Förderung einer bäuerlichen Wirtschaftsweise völlig ungeeignete Konzept werde nun durch Schlagzeilen wie „Mehr Geld für kleine Bauern“ auch noch positiv dargestellt.

Aus den Regionen

Die Vorsitzenden der Regionalgruppen berichteten abschließend von einer Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen. Dabei wurden auch verschiedene, teils aus der Interessenlage, teils aus der Notwendigkeit entstandene Schwerpunkte erkennbar. So z.B. das Engagement der RG Schwaben für Kleinbauern in Südamerika, oder die Informations- und Protestveranstaltungen der Allgäuer Gruppe, gegen die unangemessenen behördlichen Maßnahmen zur TBC Bekämpfung. Als Themen für den zwei Jahre amtierenden Vorstand wurden das Freihandelsabkommen mit der USA, die Auswirkungen der neuen Beitragsregelung von Berufsgenossenschaft und Sozialversicherung, die Ausgestaltung der Programme der 2. Säule und Gespräche mit neu gewählten Abgeordneten genannt. Im Amt bestätigt wurden die ersten Vorsitzenden Edith Lirsch und Josef Schmid sowie deren Stellvertreter Isabella Hirsch und Georg Martin. *AbL-Bayern*



Vorstand AbL/Bayern von links: Josef Schmid/Neufraunhofen, Alfons Greubel/Elfershausen, Isabella Hirsch/Feuchtwangen, Rudi Kühn/Aidling, Edith Lirsch/Triftern, Georg Martin/Ronried, Irene Popp/Pähl, Leonhard Strasser, Andrea Eiter/Augsburg, Irmgard Sonner/Reichertsheim, Georg Planthaler/Anger, Margarete Stoiber/Köblarn
Foto AbL/Bayern

Betriebsspiegel:

60 Milchkühe
50 Stück weibliche Nachzucht
25 ha Ackerland mit Ackergras,
Klee, Silomais, Weizen, Hafer
31 ha Grünland

Im Saal summt es wie in einem Bienenstock, über 200 Menschen sind gekommen, um sich die Podiumsdiskussion zum Thema „Quo vadis Mastentierhaltung?“ anzuhören. Der Plan eines ortsansässigen Großbauern, in ihrem beschaulichen „Residenzort Rastede“ einen Stall für 600 Kühe zu bauen, hat sie aufgescheucht. „Kuhdorf nein danke!“ heißt der Slogan dieser BL, der mir als Milchbauern natürlich nicht wirklich gut gefällt. Auf dem Podium

Man braucht nicht besonders aufmerksam oder kritisch zu sein, um wahrzunehmen, wie uns bäuerlich wirtschaftenden Betrieben gleichzeitig das Wasser und der Boden knapp oder verseucht werden und den Klein- und Bio-Agrariern allmählich die (finanzielle) Luft ausgeht - angekurbelt durch den Welthandel der chemo-genetischen Money-Food-and-Drug-Industrie -. Obwohl fast alle Wissenschaftler sagen, dass nur eine bäuerliche Landwirtschaft Klima, Meer und Boden „gesund“ erhalten und außerdem zehn Milliarden Menschen ernähren könne. - Wie aber könnte bäuerliche Landwirtschaft sich vitalisieren und kraftvoll wachsen? Ich halte für die Auswilderung einer Pflanzensorte (bäuerliches Konzept in den freien Markt) für wichtig, dass ihr (geistig-konzeptionelles) Genom hinreichend ausgestattet ist, um sich als Nachzucht trotz der Heuschrecken vermehren zu können.

Das kann nur gelingen, wenn die Keimzelle aller Kulturen, die Agri-cultura, überall (wieder) zum primären Maßstab und Entscheidungsfaktor wird. Wir müssten sie regenerieren in enger Symbiose oder Kooperation aller wirtschaftsbestimmenden Bereiche - erst einmal sozusagen als Untersaat, die aber aus eigener Kraft heranwächst. Jedoch gibt es für eine natur- und gemeinschaftsgemäße Agro-Kultur keine Überlebens- oder gar Ausbreitungs-Chance, solange all unsere Aktionen, Transaktionen und Planungen abhängig sind von öffentlicher oder privater Kassenlage bzw. steuerbar sind vom Geldüberfluss, der uns Agrarflächen wegkauft. Hier müssten sich regional-genossenschaftlich geldlose Subsistenz-Wirtschaften bilden oder Biotop- bzw. Erzeuger-Verbraucher-Helferringe. Oder es müssten diese bäuerlichen Ge-

sind die Rollen klar verteilt: Außen rechts der Investor, der sich – Hut ab! – selbst der Diskussion stellt als böser Bauer, außen links ich von der AbL als guter Bauer. Dazwischen sitzen die üblichen Mitstreiter aus dem Umwelt-, Wasserschutz- und Gesundheitsbereich. Nur leider sind ihre Waffen beim Thema Großkuhstall relativ stumpf: multiresistente Keime, Grundwasserbelastung durch Überdüngung und Umweltzerstörung sind doch eher Probleme der Geflügel- und Schweinemast und weniger der immer relativ flächengebundenen Milcherzeugung. Mein Kontrahent, der sich als Leiter eines –

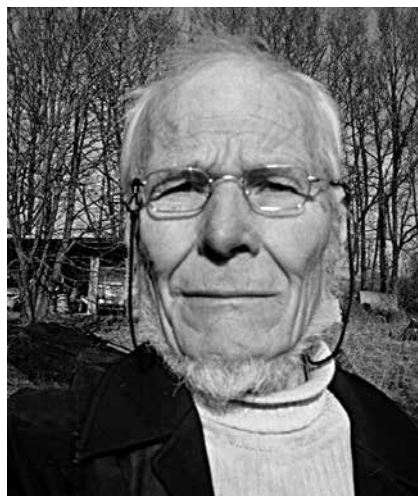
wenn auch großen - Familienbetriebes präsentiert, kommt gut rüber, sozusagen als freundlicher Investor von nebenan. Gut vorbereitet und rhetorisch geschickt pariert er die meisten Angriffe. Nur die BUND-Vertreterin mit ihrer Kritik am Verlust der Weidehaltung und dem damit verbundenen Artenschwund kann punkten, allenfalls noch ich mit dem Argument des Akzeptanzverlustes bei der Bevölkerung. Den Vorwurf der Verdrängung kleinerer Betriebe beantwortet der bauwillige Kollege mit dem Einwurf, die hörten doch mangels Nachfolger sowieso auf! Mag sein, aber wahrscheinlich werden

die potentiellen Nachfolger durch die immens gestiegenen Pachtpreise entmutigt, und daran ist er durch den Flächenbedarf seiner Biogasanlagen sicher nicht ganz unbeteiligt.

Im herrschenden System des Wachstums und Weichens und der Weltmarktorientierung ist seine betriebswirtschaftliche Argumentation kaum zu widerlegen. Schwer zu verstehen ist für mich, warum sich die Kollegen vor Ort überhaupt nicht an der Diskussion beteiligen, obwohl sie unter vier Augen durchaus Kritik äußern. Ist es Solidarität, ist es Angst, selber in den ungleichen Wettbewerb zu geraten, oder liebäugelt vielleicht mancher tatsächlich mit dem Gedanken, seinen Betrieb aufzugeben und teuer zu verpachten? Wie so oft ist mir das Verhalten der Bauern das größte Rätsel, übrigens auch das des expandierenden Landwirts: Warum tut man sich einen solchen Schritt noch an, wenn man schon 400 Kühe melkt, zwei Biogasanlagen und eine florierende Eventgastronomie betreibt? Warum muss es immer noch mehr werden, auch auf die Gefahr hin, die bisher gute Akzeptanz im Ort zu verlieren? Viel Stress, viel Arbeit, großes Risiko – vielleicht sind die aufgebenden Betriebe tatsächlich besser dran!

Ottmar Illchmann

Guter Bauer, böser Bauer?



Bäuerliche Landwirtschaft

meinschaften eine eigene Währung benutzen. In einer nachhaltigen (bäuerlichen) Landwirtschaft dürfte - wie in der Natur - alles Materielle nur kreislaufgerecht „verstoffwechselt“ werden. Kann andererseits der Import von z.B. Vieh oder Maschinen mit Hofprodukten nicht bezahlt werden, führt das in die Insolvenz oder Schuldenfalle. Ebenso ist es mit Energie und Leistung: Ein Hofkreislauf oder eine genossenschaftlich-selbstversorgende Region dürfen nicht von „Blutkonserven“ abhängig werden oder auf dem Konkurrenzmarkt zu Billigpreisen liefern müssen. Der Euro, der Dollar und die ehemalige D-Mark sind aber regelungstechnisch für einen Wirtschaftskreislauf pures Gift. Zwar sind sie geeignet, den Ringtausch von Waren und Dienstleistung zu ermöglichen, jedoch gleichzeitig sind sie auch lagerfähig und hortbar - und verführen ständig dazu, sich aus dem Kreislauf Geld „weg-zu-privatisieren“ und anzueignen. Dadurch wird den regionalen Geldkreisläufen ständig

Geld entzogen bzw. das Umlaufgeld knapp. Die nun geldarmen Teilnehmer müssen es sich bei den Geld-Privatisierern leihen. So wurde das Geld selber zur Ware, konnte gekauft und - mit Gewinn - verkauft werden. Um den Wert aufgesparten oder verliehenen Geldes langfristig zu sichern, lasten die Banken in der Höhe aller Geld-„Guthaben“ immer irgendwem Schulden auf - z.B. dem Staat. Der Schuldendienst bringt zusätzlich Einnahmen, damit es viele Schuldner geben kann, machte man die Währungen global konvertierbar.

Wenn also bäuerliche Landwirtschaft überhaupt auf Geld angewiesen ist, dann müsste sie ihre Wirtschaftskreisläufe geldlich völlig von allen abzockenden oder verschuldenden Nichtkreisläufen trennen. Am besten würde sich ein regionales Katalysatorgeld eignen, das einerseits niemals knapp wird, andererseits nur solange einen Wert hat, wie es einen existenziellen Bedarf mit einem regionalen Leistungsangebot

aktiv verkoppelt. Solch ein Tausch-Verrechnungs- oder Subventionsmittel könnte sich eine Wirtschaftsregion als elektronisches Cash-Punkte-Konto einrichten. Alle auf Geldrücklage, Gewinnmaximierung, Steuern oder Verschuldung angewiesenen Geschäfte könnten ja weiterhin wie bisher in Euro abgewickelt werden, wobei Geldrücklagen z.B. für das Alter oder Notzeiten nicht nötig sind, da man innerhalb einer bäuerlichen Genossenschaft jedem Mitglied ja die Grundversorgung ungeldlich - oder ggf. durch ein monatliches „Bürgergeld“ angemessen sichern würde.

Rolf Hoffmann

Betriebsspiegel:

21 Morgen auf mittelholsteinischem Geesthügel
zwei Milchschafe oder Ziegen
100 Obstbäume
Eigenbau eines Gewächshauses
24-Volt-Windrad
Solar-Tankstelle
Gemeinnützige Stiftung für bäuerlichen Naturbesitz

Rheinland-Pfalz und die Welt

AbL-Landesmitgliederversammlung mit spannenden Debatten

Eine lange Geschichte verbindet Thomas Griese mit der AbL. Vor 40 Jahren war der grüne Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsministerium einer derer, die den Satzungsentwurf der AbL entwickelten. Nun kam er zur Landesmitgliederversammlung der AbL Rheinland-Pfalz. Er verwies auf die Situation der Landwirtschaft in der Welt. Hier mehrten sich die Stimmen, so Griese, welche die Agrarpolitik in eine lokal angepasste Bewirtschaftung führen wollen. Auch der Klimawandel forcieren diese Entwicklung, wobei es allerdings auch starke Kräfte gibt, welche in Richtung einer Industrialisierung arbeiteten. In der EU gebe es eine klare Tendenz, so Griese, dass es öffentliche Mittel nur noch für konkrete Maßnahmen geben solle. Grundsätzlich stelle sich die Frage, ob man der Linie der

traditionellen Agrarpolitik folgen wolle, welche im Wesentlichen auf Kostenführerschaft und Wettbewerbsfähigkeit setze oder auf eine multifunktionale Landwirtschaft mit bäuerlichen Strukturen. Gerade auch in Rheinland-Pfalz, mit dem Tourismus als wichtigem Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor, sei eine multifunktionale Landwirtschaft wichtig, um auch die Funktionalität des gesamten ländlichen Raumes zu erhalten. In der konkreten ELER Umsetzung in Rheinland-Pfalz konnte die Landesregierung sicherstellen, dass Kürzungen im Bereich der 2. Säule kompensiert werden konnten. Konkrete Maßnahmen sind nach Auskunft Grieses, die Förderung von Weidehaltung, umweltschonender Grünlandbewirtschaftung, Offenhaltung von Talauen etc. Im Bereich der Investitionsförderung gebe es eine Pre-

miumförderung für besonders umweltschonende und tierfreundliche Haltungsformen. Im Anschluss referierte Mute Schimpf von „Friends of the Earth“ zu den Auswirkungen des Freihandelsabkommens TTIP mit den USA auf die bäuerliche Landwirtschaft und den Verbraucherschutz in Europa. Bemerkenswert ist nach Schimpfs Beobachtung, dass sonst öffentlich zugängliche Informationen unter Verschluss gehalten werden. Eine Abstimmung unter den zuständigen Ministern der EU-Mitgliedsstaaten als Handlungsvorgabe für die EU-Kommission wurde z.B. nicht öffentlich zugänglich gemacht. Befürworter des Freihandelsabkommens bewürben, so Schimpf, das Abkommen mit der Möglichkeit des Wachstums der Volkswirtschaften, mehr Jobs und insgesamt Wohlfahrtsgewinne. Die Kritiker wiederum forderten Aufklärung über die konkreten Verhandlungen und Vorschläge, damit eine zielgerichtete Diskussion um das Für und Wider geführt werden könne. Mute Schimpf empfiehlt Aufmerksamkeit im Rahmen der anstehenden Europawahl und auch phantasievolle Aktionen z.B. vor Industrie- und Handelskammern (IHK) mit anderen NGO's wie Kirchen, Gewerkschaften usw. Nach lebhaften Diskussionen, dem Vorstandsbericht und dem Bericht des Bundesgeschäftsführers Georg Janßen, geht die Versammlung mit Blick auf die anstehenden Herausforderungen auseinander.

Dieter Berg,
AbL-Rheinland-Pfalz



Georg Janßen berichtet von der Arbeit des AbL-Bundesverbandes auf der RP-MV

Foto: Berg

Kontrollstellen- Aberkennung

Während nach der Überbelegung von Legehennen-Ställen das niedersächsische Verfahren zur Aberkennung der Öko-Kontrollstelle IMO andauert, hat das Land Sachsen dem Fachverein Öko-Kontrolle die Zulassung in diesem Bundesland entzogen. Der Fachverein, der aus der „Biopark“-Kontrolle hervorging, kontrolliert vor allem in Mecklenburg-Vorpommern auch etliche Großbetriebe, die Agrarindustriellen aus der Fleisch- und Geflügelbranche gehören, bzw. von ihnen betrieben werden. Eine Nähe des Bioanbauverbands "Biopark" besteht zum Deutschen Bauernverband. *en*

Erhalt von Landwirtschaft und Landschaft

Mitgliederversammlung AbL Thüringen

Anfang Februar veranstaltete der Thüringer Landesverband der AbL e.V. in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung in Jena den diesjährigen Tag der Landwirtschaft. Annika Bromberg von der Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Nutztierassen (GEH) informierte über die Arbeit ihres Verbandes. Im Vergleich zu den heute dominierenden Hochleistungsrassen sind alte Haustierrassen besser an Klima und Standort angepasst, sind wertvoll in der Landschaftspflege und damit für das ökologische Gleichgewicht. Wenn alte Nutztierassen unbemerkt von der Öffentlichkeit verschwinden, geht der Landwirtschaft auch deren über viele Jahrhunderte entstandenes genetisches Erbe und ein Kulturgut verloren.

Landbesitzverhältnisse

Schwerpunkt des nachfolgenden Beitrags

von Dr. Titus Bahner (geschäftsführender Vorstand der Kulturland e. G. i. G.) war die Bodensicherung durch neue Formen der Allmende. Ausgehend von der traditionellen und heute fast völlig verschwundenen Form der Allmende beschrieb Bahner die heutigen Landbesitzverhältnisse, die Bedingungen des Landerwerbs und die Schwierigkeiten, besonders kleiner, bäuerlicher Betriebe beim Zugang zu Land. Die seit der Wirtschaftskrise nach 2007 stark gestiegenen Boden- und Pachtpreise sorgen dafür, dass landwirtschaftliche Flächen immer häufiger in den Besitz von außerlandwirtschaftlichen Investoren gelangen und zu Spekulationsobjekten werden. Bahner möchte mit der Kulturland e. G. neue Formen der Allmende schaffen. Durch Unterstützer, die eine begrenzte Anzahl von Genossenschaftsanteilen erwerben können, sollen landwirtschaftliche Flächen für gemeinwohlorientierte, regionale Biobe-

wirtschaftlicher zugänglich gemacht werden. Nach der Mittagspause fand eine offene Diskussionsrunde zum Thema „Kirchenland in Bauernhand, wie kommen bäuerliche Betriebe an Land?“ statt. Seitens der evangelischen Kirche Mitteldeutschland (EKM) war der Regionalbischof Probst Christoph Hackbeil eingeladen. Schwerpunkte der Diskussion waren das Pachtvergabeverfahren der EKM und die damit einhergehenden Widersprüche im Handeln der Kirche, ihrer Verantwortung für die Entwicklung der Strukturen im ländlichen Raum und die Schwierigkeit von Veränderungen wegen der unterschiedlichen Interessen innerhalb der Kirchenverwaltung. Hackbeil versprach, dass die Kritik am Pachtvergabeverfahren und die Vorschläge zu dessen Änderung in den Gremien der EKM zum Thema gemacht werden.

Michael Franz, AbL-Thüringen



©BLE, Bonn/Foto: Thomas

Die Renaissance des Schrupfelapfels?

Bio ist im Mainstream angekommen, wohin geht es jetzt weiter, fragt sich die Branche

Das Rheingold Marktforschungsinstitut machte vor ein paar Jahren die Sehnsucht der Menschen nach Bindung, nach Nähe und Sinnlichkeit im Zusammenhang mit ihrem Essenseinkauf dafür verantwortlich, dass sie zu Bio-Produkten greifen. Diese Sehnsüchte sind offenbar eher noch gewachsen, in Zeiten sich auflösender Gesellschaftsordnungen, Banken Krisen und medialer Grenzenlosigkeit. Zwar zieht sich der moderne Mensch biedermeiergleich aufs private zurück, isst aber immer seltener am gemeinsamen Familientisch. Auch da bieten die guten, nahen, echten, ehrlichen Produkte vom (Bio)-Bauernhof um die Ecke eine Art Ablasshandel an, auf den man sich gerne einlässt. Die Umsatzzahlen des Biohandels sprachen und sprechen nach wie vor eine deutliche Sprache in Richtung Wachstum, nur die Bauern kommen nicht hinterher, Umstellungszahlen stagnieren. Auch deshalb wohl war auf der diesjährigen Biofachmesse so etwas wie „Sinnsuche“ angesagt, wie es ein bayerischer Rundfunksender formulierte. Schon vorher hatten damit aktuelle Fachblätter angefangen. Uli Zerger von der Stiftung Ökologie und Landbau schreibt in der entsprechenden Zeitung: „Der Biolandbau von heute ist gefordert, sich zu Fragen der Regionalität, der Saisonalität, der sozialen Gerechtigkeit, des Tierwohls, der Nachhaltigkeit oder des Klimawandels zu positionieren und Antworten zu entwickeln.“ Nur wenn das in offener Auseinandersetzung gelänge, so Zerger, sei der Ökolandbau zukunftsfähig und behalte das Vertrauen der Verbraucher. Ähnlich hatte auch Bioberater Christoph Spahn im Magazin *Biohandel* die nun einzuläutende Nachsättigungsphase der Biobranche umrissen. Nur Bio reiche nicht, es sei eher „die alte Idee von der Benennung von Missstän-

den und dem Aufzeigen von unter Umständen auch unbequemen Alternativen, die für eine geschärftes Profil des Marktes sorgen“, so Spahn mit Blick auf die Bruderhahninitiative. Die Biolandwirtschaft dürfe nicht Gefahr laufen, warnen auch Joyce Moewius und Stefan Zwoll vom Bundesverband ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), den Anschluss an ihren eigenen Anspruch zu verlieren, die nachhaltigste Form des Landbaus zu sein. Hardy Vogtmann, als einstmaliger erster Professor für ökologischen Landbau einer der schon lange auf die Szene blickt, schreibt auch in der Zeitung *Ökologie und Landbau*: „Die Ökolebensmittelwirtschaft ist in der Globalisierung gefangen und steht unter dem ökonomischen Druck des ‚freien Marktes‘, den das auf lineares Wachstum getrimmte Wirtschaftsmodell er-

zeugt.“ Der Biolandwirt stehe unter dem gleichen Druck wie sein konventioneller Nachbar, und es gebe keine Möglichkeit mehr die ursprünglichen sozialen und ökologischen Ziele des Ökolandbaus noch zu verfolgen. Der Verbraucher wolle das aber, so Vogtmann, er fordere die Grenzen des Wachstums zu respektieren.

Frische Konzepte

Das Gegenteil, weitere Effizienzsteigerungen will hingegen der Ökolandbauvertreter des Bauernverbandes, Heinrich Graf Bassewitz. Bio-Produkte müssten für den Supermarktkunden erschwinglicher werden. „In der Regel sind wir doppelt so teuer wie der konventionelle Nachbar. Dieser Abstand muss kleiner werden, und der kann auch kleiner werden“, so Bassewitz zur Biofach. Aus Sicht von Trend- und Zu-

kunftsforscherin Anja Kirig vom Zukunftsinstitut, verwässere die Liaison der Biobranche mit den konventionellen Märkten die Idee und stehe für einen Mangel an Authentizität. Bio dürfe sich nicht auf seinem Ökomehrwert ausruhen, sondern müsse mit frischen und selbstbewussten Konzepten wieder Vorreiter sein, schreibt sie in der *Ökologie und Landbau*. Dabei böten die momentanen Zeitgeistbewegungen wie Urban Agriculture oder die Zero-Waste-Kultur greifbare Anknüpfungspunkte. Wenn Menschen selbst ein Gefühl dafür entwickelten, wie die Lebensmittel mit viel Mühe wachsen, ist die Hemmung wegzuschmeißen, was nicht zu hundert Prozent makellos ist, größer. Ob das allerdings auch gleich die Renaissance des Schrupfelapfels im Bioladen ist, bleibt dahin gestellt. cs

Wenn Milchkühe auch Mütter sein können

Kälberaufzucht an der Milchkuh ist ungewöhnlich, erfährt aber gerade ziemliches Interesse

Klar, hätten die Leute immer schon nachgefragt, wie das denn wäre, mit den Kälbchen und den Kühen und der Trennung nach der Geburt. Florian Gleißner betreut die Milchviehherde des Demeterhofs Domäne Fredeburg. Jahrelang hat er auch dort, wie überall üblich, mit Nuckeleimern Kälber großgezogen. „Wir haben dann immer gesagt, dass Rinder ja Nestflüchter sind, gleich aufstehen und loslaufen aber natürlich auch, dass es da nichtsdestotrotz diesen Konflikt gibt“, erinnert sich Gleißner. Die Domäne Fredeburg liegt an der Durchgangsstraße von der Till-Eulenspiegel-Stadt Mölln zur alten Hansekönigin Lübeck, direkt am Abzweig nach Ratzeburg mit seinem Dom von Heinrich dem Löwen gebaut und

dem See mit der Goldachter-Ruderakademie. Hier gibt es überall pittoreske Landschaft, Wasser, Knicks, Hügel, Geschichte in Backstein und dementsprechend auch einige Sommerfrischler. Viele davon gucken in Fredeburg in die Ställe, kaufen selbstgemachten Käse. Aber es waren nicht unbedingt die Fragen der Besucher angesichts der süßen Kälbchen, die schon nach einem Tag von ihren Müttern fort mussten, die Gleißner bewogen haben etwas ändern zu wollen. Die Beobachtung von Kälbern, die sich gegenseitig besaugten, habe ihn vor zwei Jahren anfangen lassen sich mit dem Thema einer „muttergebundenen Kälberaufzucht“, so der fachlich-technische Terminus, auseinander zu setzen. Viele praktische Er-

fahrungen gab und gibt es auch nach wie vor nicht, ein paar vornehmlich biologisch-dynamisch wirtschaftende Biobetriebe eher in Süddeutschland, ein paar mehr Betriebe und eine überschaubare Experten- und Publikationslandschaft in der Schweiz.

Mütter im Kindergarten

Gleißner probierte ein bisschen herum und besuchte ein Seminar auf dem Hofgut Rengoldshausen, einem Demeterbetrieb am Bodensee. Dort hatte Mechthild Knösel, die zuständige Frau im Kuhstall, 2006 ihre Meisterarbeit zum Thema geschrieben und auch praktisch die Nucke-

Gratwanderung zwischen Zuckerbrot und Peitsche

Der neuen EU-Ökoverordnung muss ein Spagat gelingen

Bis hin zur Apokalypse ist alles drin. Mecklenburg Vorpommerns Landwirtschaftsminister Till Backhaus (SPD) vertrat auf der Biofach die Auffassung, der gesamte ökologische Landbau in Deutschland würde zusammenbrechen, wenn die Pläne der EU-Kommission zur neuen EU-Ökoverordnung Realität würden. Sein bayerischer Kollege Helmut Brunner (CSU) betrachtet das Ganze differenzierter. Der Entwurf beinhalte Ansätze, „die wir ausdrücklich begrüßen.“ Unter den Interessensverbänden war der durchgesickerte Vorschlag zur neuen EU-Ökoverordnung der Aufreger auf der Biofach. Aber während Jan Plagge von Bioland die Praxisferne und Strenge an manchen Stellen kritisiert, weil man damit noch weniger Bauern und Bäuerinnen zum Ökolandbau motivieren könnte, geht es für den Biobeauftragten Graf Heinrich von Bassewitz darum, dass mit dieser strengen Verordnung der Ökolandbau keinen weiteren Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit in der gesamten Landwirtschaft leisten könne. Ökolandbau sei nicht das Ziel sondern nur ein Weg, so Bassewitz. Und so wird deutlich, dass die Entwicklung einer Verordnung nur ein schmaler Grat ist, auf dem die beteiligten Diskutanten wandeln zwischen Glaubwürdigkeit,

Ernsthaftigkeit und Lächerlichkeit. EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos will eine neue Ökoverordnung machen, in einer Zeit, die es in sich hat. Der Biomarkt ist aus der Nische heraus, und inzwischen in fast jedem konventionellen Discounter. Kontinuierliche Wachstumszahlen locken auch Marktbeteiligte an, denen es nur ums Geld geht und nicht auch nur ansatzweise um eine Lebensanschauung. Gleichzeitig können es sich immer weniger Bauern und Bäuerinnen leisten auf Ökolandbau umzustellen, da ihnen längst auch konventionelle Handelspartner oder konventionelle Strukturen unter ökologischen Handelspartnern die Niedrigpreise diktieren. Anonymisierung, Unübersichtlichkeit und Überzeugungslosigkeit sind der Nährboden für Skandale, die dann auch passierten. Die einstmals aus dem Überzeugungstätertum gespeiste Glaubwürdigkeit bei den Verbrauchern ist in Gefahr.

Generalisierte Strenge

Ciolos will sie mit generalisierter Strenge sichern. Diese Strenge ist angebracht, wenn es um Dinge geht wie die Teilbetriebsumstellung, geradezu eine Einladung zum beschubsen. 100 Prozent Ökofutter finden die Bioanbauverbände auch noch gut, sie arbeiten da selbst dran, Bauernverbandsmann Bassewitz sieht hier hingegen schon die Nachhaltigkeit gefährdet, wenn

nun Bio-Soja aus Brasilien kommen muss. Schwieriger wird es bei den Ausnahmeregelungen, die - geht es nach Ciolos - alle fallen sollen. Für die Milchvieh-Anbindehaltung mit Auflagen wurde schon bei der letzten Reform heftig gestritten, in den Alpen wäre ihr Ende wohl tatsächlich gleichbedeutend mit dem Ende der Ökobilchviehhaltung. Die Ausnahmeregelungen bei der Verwendung ökologischen Saatguts werden - richtigerweise - immer damit begründet, das es bestimmte Arten tatsächlich überhaupt nicht in Ökoqualität gibt, aber es gibt auch nach wie vor den kostenoptimierenden Kartoffelanbauer, der in der Saatgutdatenbank Organicseeds nachguckt, ob es die von ihm gewünschte Sorte als Ökopflanzgut gibt, um erst dann Saatgut zu ordern, wenn es dort als ausverkauft gelistet ist.

Prozesse und Produkte

Fingerspitzengefühl ist auch gefordert in der Frage der Kontrollen. Die Interessenverbände kritisieren, dass durch die geplante Einführung von Rückstandskontrollen die einstige Prozesskontrolle zur Produktkontrolle wird. Dabei geht es der Kommission nicht um die Abschaffung des bisherigen Kontrollsystems, deren ausführende Organe sie in einer Evaluierung Ende vergangenen Jahren noch ausdrücklich

gelobt hat. Rückstandsfreiheit ist in den Augen der EU-Kommission ein Verbraucherwunsch. Gewährleistet muss nur sein, dass wegen einer unverschuldeten Kontamination vom Markt genommene Produkte nach dem Verursacherprinzip entschädigt werden. Ebenfalls geplante stärkere Kontrollen sogenannter Drittlandsware sind ein Thema, zu dem die Verbände weniger sagen, das aber unter dem Aspekt Skandalabwehr eine nicht unerhebliche Rolle spielt.

Unter einem Hut

So bleibt die Gratwanderung, die Ciolos gelingen muss, eine Verordnung zu entwerfen, die eben nicht den Ökolandbau in bestimmten Regionen und in eher bäuerlichen Strukturen durch zu viel Starrsinn abwürgt (wie es auch die Landesvereinigung ökologischer Landbau in Bayern in einem offenen Brief an den Kommissar befürchtet) und gleichzeitig denen ein Schnippchen schlägt, die in den vergangenen Jahren durch ein bis an die Grenzen der (Ausnahme) Regelungen und vielleicht auch noch ein Stück darüber hinaus gehen, reine Profitabschöpfung eines langjährigen Verbrauchervertrauens betrieben haben. cs

Fortsetzung von Seite 11

leimer in die Ecke gestellt. Aus ihren Erfahrungen, zum Beispiel der, dass Kühe, deren Kälbchen bei ihnen saugten, nur einen Teil ihrer Milch beim Melken aus dem Euter freigeben, entwickelte Gleißner einen Plan. In Rengoldshausen war aus der reinen Mutter/Kalb-Konstellation eine Mutter/Ammen-Aufzucht geworden. So wachsen nun auch in Fredeburg die Kälber die ersten drei Wochen ganz bei der Mutter heran, lediglich zweimal am Tag zum Melken wird die Kuh aus der Box geholt. Danach wechselt die Mutter zurück in die Kuhherde, die Kälber gehen für rund vier Monate in einen Kindergarten, in den werden jeweils nach dem Melken die Mütter gelassen, allerdings nur ungefähr halb so viele, wie Kälber. Immer wenn ein neues, drei Wochen altes Kalb in den Kindergarten wechselt, rückt auch seine Mutter in die „Muttergruppe“ nach, dafür verlässt die Kuh mit dem ältesten Kalb im Kindergarten die Gruppe. Ihr Kalb hat längst auch „quer gesoffen“ wie Gleißner sagt, also auch bei anderen Kühen getrunken. „Je früher sie damit anfangen“, so Gleißner, „desto cooler sind die Kälber im Umgang mit

der Situation.“ Natürlich erfordert diese Mischung aus Mutter- und Ammenhaltung mehr und eine genauere Beobachtung der Tiere, gleichzeitig spart sie die Arbeit des Hantierers mit den Eimern und hat positive Auswirkungen auf die Kälbergesundheit. Dies ist im wesentlichen das Ergebnis der Meisterarbeit Mechthild Knösels gewesen, welches von Florian Gleißner bestätigt wird. „Bedrohliche Kälberdurchfälle, futterbedingte Ausfälle oder Hygieneprobleme sind kein Thema mehr“, sagt Gleißner, „und ob die Kühe wirklich weniger Milch geben, bezweifle ich.“ Natürlich bleibe der Interessenskonflikt, aber es mache viel mehr Spaß Kälber so aufwachsen zu sehen, so Gleißner.

Tierwohl als Welle

Selbst immer noch in der Phase des Erfahrungen sammelns traf er immer wieder auf das Interesse von Berufskollegen, so dass er sich entschloss, jetzt im Winter eine Veranstaltung dazu zu organisieren. Obwohl nur im überschaubaren Rahmen verbreitet, war der Zulauf immens, nicht nur Bäuerinnen und Bauern kamen, sondern auch Wissenschaftler, zum Beispiel vom Thünen-Institut für Öko-



Zusammen ist man weniger allein: Mutter und Kalb

Foto:BeBler/pixelio

landbau in Trendhorst, wo schon seit vielen Jahren Grundlagenforschung betrieben wird. „Es ist eine richtige Mode gerade, man hat den Eindruck diese Art der Kälberaufzucht wird von der ganzen Tierwohldebatte als Welle vor sich hergeschoben“, versucht Gleißner das Interesse zu erklären. Auch er nimmt wahr, dass die Besucher in Fredeburg genauer nachfragen und kann inzwischen eine

sehr am Tier orientierte Verfahrensweise als Zusatznutzen zum Milchprodukt im Hofladen verkaufen. Aber er sagt auch, dass man vorsichtig sein sollte und sich bei aller gesellschaftlicher Sensibilisierung eben „nicht nur vom Verbraucher die Methode diktieren lassen sollte.“ Man müsse, so Gleißner, es auch wirklich selber wollen, nur dann mache es Sinn. cs

Zwischen Wirtschaftskrise und Pferdefleischskandal

Bio-Landwirtschaft in Großbritannien

„Wenn Du Dir das leisten kannst“, ist der etwas schnippische Kommentar, den ich zu hören bekomme, wenn ich sage, dass wir Bio-Gemüse, Obst und andere Lebensmittel kaufen wo immer es möglich ist. „Konsumenten in Großbritannien sind wie besessen, wenn es um Preise geht“, sagt Finn Cottle, die im Auftrag der Soil Association (wichtigster britischer Bio-Zertifizierer und Interessensvereinigung der Bio-Bauern) die jüngste Marktanalyse für den Bio-Sektor durchgeführt hat.

Der Kampf um möglichst niedrige Preise ist der bestimmende Faktor für den Ökolandbau in Großbritannien.

Der Minister setzt auf Gentechnik

Prinz Charles mag der prominenteste Bio-Bauer der Welt sein, doch in Großbritannien gilt sein Engagement als Marotte –irgendwie muss der Thronanwärter, der inzwischen das Rentenalter erreicht hat, sich schließlich beschäftigen. Bauer Charles verkörpert jedoch auch noch ein anderes Prinzip: 70 % der (landwirtschaftlichen) Flächen in Großbritannien gehören adeligen Familien oder Unternehmen, wie z.B. Versicherungen oder Kapitalgesellschaften. Agrarische Großbetriebe, oft geführt wie ein Industrieunternehmen, sind die Norm, bäuerliche Familienbetriebe arbeiten häufig auf gepachtetem Land (siehe Kasten). Das prägt die Politik des Landwirtschaftsministeriums: der zuständige Minister, Owen Paterson,

sieht die Zukunft der britischen Landwirtschaft im Exportgeschäft, man ist stolz auf den Ende letzten Jahres abgeschlossenen Vertrag mit China über die Lieferung von Ebersamen im Wert von 54 Millionen Euro, die Zukunft der Milchkühe sieht der Minister in Megamolkereien, und Anfang Januar warnte er, die EU „werde zum Agrarmuseum“ wenn man sich weiter der GMO Technologie verschlüsse. Es gebe „überzeugende Beweise“, dass GM Saaten für Farmer, Konsumenten, die Umwelt und die Wirtschaft von Nutzen seien.

Allmächtige Supermärkte

Bio-Bauern haben nicht nur von der Politik keine Hilfe zu erwarten, auch bei der Vermarktung sind sie auf sich gestellt. In keinem europäischen Land haben die Supermärkte eine so große Marktmacht wie in Großbritannien. Neun Ketten machen 98 % des Lebensmittel-Gesamtumsatzes. 83 % alles britischen Obst und Gemüses werden über Supermärkte verkauft. Ob konventionell oder organisch, es gelten strikte Lieferverträge – sollten beispielsweise die Möhren auch nur um ein paar Millimeter von der vorgeschriebenen Größe abweichen wird nicht nur die gesamte Lieferung zurückgewiesen, sondern der Farmer zahlt auch noch eine Konventionalstrafe. Umgekehrt wird von Seiten des Supermarktes auch schon mal am Vortag eine Lieferung storniert – bei schnell verderblichen Produkten wie Salat bleibt dem Bauern nur das Unterpflügen (eine löbliche Ausnahme ist die Supermarktkette Waitrose – siehe Kasten).

Öko-Landwirte in Großbritannien suchen deshalb seit langem andere Absatzwege über die sie gegenüber den Supermärkten konkurrenzfähig bleiben: Direktverkauf ab Hof, zunehmend mit einer größeren Produktpalette und einem eigens eingerichteten Laden, dem ‚Farm shop‘, einem Stand auf einem der wenigen Wochenmärkte oder über den Vertrieb von Gemüseboxen. In diesem Bereich hat Riverford neue Standards gesetzt. Kleinbäuerlich, umweltverträglich, ethisch und bio – ist die Riverford Devise und damit verkauft Firmengründer und Farmer Guy Watson inzwischen fast 50.000 Gemüseboxen pro Woche. Herzstück ist die Farm der Familie im südwest-englischen Devon. 1998 gründet Guy Watson zusammen mit benachbarten Bio-Bauern die South Devon Organic Producers Cooperative, die heute 13 Höfe umfasst. Inzwischen sind drei Schwester-Farmen in anderen Teilen Englands hinzuge-

kommen. Über eine Riverford Farm in Frankreich und feste, langfristige Lieferbeziehungen zu Ökobauern in Spanien lassen sich die Boxen füllen, auch wenn es im milden Klima Devons nichts gibt als Kartoffeln und Karotten vom Vorjahr.

Trendwende Pferdefleischskandal

Dass es 2013 zum ersten Mal wieder eine Umsatzsteigerung bei Bio-Lebensmitteln gab, habe man „horse gate“ zu verdanken, sagt Finn Cottle. Seit im Januar letzten Jahres in Hamburgern, Lasagne und anderen Fertiggerichten neben Rind- auch Pferdefleisch gefunden wurde, fangen selbst die Briten an, sich für ihre Bauern zu interessieren. Finn Cottle glaubt an die Trendwende. Die Marktanalyse 2013 der Soil Association stellt fest, dass insbesondere jüngere Leute (unter 35) inzwischen

deutlich mehr Geld für Bioprodukte ausgeben – das meiste davon online. Mit einem Umsatzplus von 4,4 % profitieren davon Bio-Bauern, die ihre Produkte (von der Gemüsebox bis zu Fleisch, Käse und Fertiggerichten) über ihre eigenen Websites direkt vermarkten und Online-Supermärkte wie Ocado (6,4 % Zuwachs), die mit einem großen Biosortiment eine Art Amazon für Lebensmittel sind - geliefert wird zum Wunschtermin direkt nach Hause. Im Trend liegen bei den Briten Bio-Milch und Milchprodukte, Bio-Fleisch und Geflügel und Fertiggerichte. Und auch die Gastronomie verzeichnet im Biosektor ein Umsatzplus von 1,6 %.

Marianne Landzettel,
freie Journalistin,
lebt derzeit in England



Jim Dufosee hält neben Ruby-Reds-Rindern, auch Dorset-Schafe

Foto: Landzettel

Bio in UK

Mehr als ein Drittel der Briten sagen, dass Bio-Waren dasselbe kosten müssen wie die aus konventionellem Anbau – im Rest der Welt sind nur 17 % dieser Ansicht. In Großbritannien sank die Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln mit Beginn der Wirtschaftskrise 2008 deutlich, während im restlichen Europa die Umsätze um 25 % stiegen. In Frankreich, von der Bevölkerungszahl etwa mit Großbritannien vergleichbar, liegt der Bio-Sektor bei 8 %, doppelt so hoch wie in Großbritannien. In der jüngsten britischen Agrarstatistik (für 2012) heißt es: Die Zahl der Bio-Bauern und Verarbeiter ist im vierten Jahr in Folge gefallen (von 2011 auf 2012 um 6,4 %). Die landwirtschaftliche Fläche, die biologisch bewirtschaftet wird sank um 7,4 %, Flächen in Umstellung um 13 %. Die Zahl der Schweine in biologischer Tierhaltung ging um 34 % zurück, bei Rindern (Milch und Fleisch) und Hühnern betrug der Rückgang 13 %.

Patentlösungen gibt es nicht

Sanfte, grasbewachsene Hügel, schnell ziehende Wolken und ein steter Wind – die Grafschaft Wiltshire, westlich von London, ist eine Landschaft wie aus dem Reiseführer. Jim Dufosee bewirtschaftet zusammen mit seinem Sohn Joe die Farnicombe Farm in der Nähe der kleinen Stadt Warminster. Auf rund 800 ha gepachtetem Weideland grasen 370 braun-rote Ruby Reds, eine südwest-englische Fleischrinderrasse und etwa 400 Schafe. Auf 120 ha produzieren die Dufosees Futtergetreide. Dass die Farm profitabel sei liege daran, dass er einen Vertrag mit der britischen Supermarktkette Waitrose habe, meint Jim. Mit längerfristigen Lieferverträgen und einer Preisgarantie zumindest für die Gesteigungskosten ist Waitrose die absolute Ausnahme unter den britischen Supermärkten. Außerdem züchten die Dufosees Schafe der Rasse Dorset Poll und deren vom Aussterben bedrohten Verwandten Dorset Horn, bei denen auch die Damen Hörner tragen. Beide Rassen lammen nicht im Frühjahr, sondern von September bis November. Dadurch kann Jim Waitrose bereits zu Weihnachten mit frischem Lammfleisch beliefern, ein entscheidender Vorteil im Wettbewerb mit neuseeländischen Anbietern.

Jim Dufosee stammt aus einer Farmerfamilie. Auf Biolandwirtschaft stellte er seinen Hof erst 1999 um, nicht aus Überzeugung, sondern weil es Zuschüsse gab. Würde er wieder zur konventionellen Tierhaltung übergehen, wenn sich damit mehr verdienen ließe? Nein, sagt Jim, das sei schon lange keine Option mehr. Organische Landwirtschaft habe ihn vieles gelehrt, meint er: „Wenn ich ein Problem z.B. mit Parasitenbefall bei den Schafen habe, dann muß ich selbst eine Lösung finden. „Als Bio-Bauer muss ich einfach mehr Zeit in meinem Sessel verbringen und nachdenken“, grinst Jim. Ist Bio-Bauer inzwischen sein Traumberuf? „Fast“, sagt er, „Profi-Fußballer wäre noch besser gewesen.“

Aus der Region für die Region

Im Großraum Frankfurt nimmt die Bürger AG für nachhaltiges Wirtschaften FrankfurtRheinMain (kurz: Bürger AG) ihre Geschäfte auf

Die Bürger wohnen in der Stadt, die Bauern auf dem Land. Auf den Märkten in der Stadt treffen beide zusammen, wenn der Bauer seine Waren anbietet. Diese historische Situation ist heute weitgehend durch ein Netz von Handels- und Verarbeitungsunternehmen aufgelöst. Ein direkter Kontakt und die Möglichkeit der Einflussnahme der Abnehmer auf die Produktion ist weitgehend ausgeschlossen. Damit setzte eine zunehmende Entfremdung vieler Konsumenten zur Herstellung ihrer Lebensmittel ein. Die Biobewegung, zahlreiche Lebensmittelskandale und die aktuelle Diskussion über Massentierhaltung haben ein neues Bewusstsein geschaffen. Immer mehr Menschen interessieren sich für die Herkunft ihrer Lebensmittel, sind bereit Verantwortung für die Produktionsabläufe auf den Betrieben zu übernehmen, wollen, dass nachhaltig, ressourcenschonend, ökologisch produziert wird. Trotzdem wollen diese Menschen, die zum Großteil in den Städten leben, nicht aufs Land ziehen, dort wirken und arbeiten. Genau diese Lücke zwischen Produzenten und Konsumenten zu schließen, dafür ist die Bürger AG in Frankfurt angetreten. „Wirtschaften wie bisher ist keine gute Option für die Zukunft“, sagt Vorstand Joerg Weber, der einst Mitbegründer der Ökobank war. „In Metropolen wie Frankfurt gibt es ein großes Bewusstsein für eine ökologische, nachhaltige Lebensmittelproduktion und Verarbeitung“, stellt der Bank- und Betriebswirt fest. Nach zweieinhalbjährigem Warten kann es jetzt losgehen. Mitte Februar hat die Bürger AG von der Bafin (Bundesanstalt

für Finanzdienstleistungsaufsicht) grünes Licht zur Ausgabe der eigenen Aktien bekommen. Mit 187.000 Euro war man vor einigen Jahren gestartet. Die ersten Veranstaltungen, die Erstellung des Wertpapierprospekts und das lange Warten auf die Genehmigung haben das Startkapital nahezu aufgezehrt. Da ist es gut, dass schon 190 Interessenten auf der Warteliste für die neuen Aktien stehen. Diese wird einen Wert von 500 Euro haben. Der Ausgabewert hingegen beträgt 600 Euro, damit die laufenden Verwaltungskosten gedeckt werden können. Die Kosten offen aufzuzeigen und nicht, wie bei Banken üblich, im Prozess zu verstecken, ist ein Hauptanliegen. Die Aktionäre wissen so, dass die gesamten 500 Euro in die Projekte fließen. Gesucht werden Menschen, die ihr Geld langfristig anlegen möchten und können, denn auch die Beteiligungen der Bürger AG sind langfristig. Ziel ist nicht die schnelle Rendite. Es geht darum, gesellschaftlich wertvolle Initiativen zu unterstützen und faire Handelsstrukturen aufzubauen. Aus diesem Grund werden neben den landwirtschaftlichen Betrieben

auch die Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette mitgedacht. Die Bürger AG möchte eine gesellschaftliche Rendite erwirtschaften, indem sie dazu beiträgt, neben den Erzeugern auch Metzger, kleine Manufakturen und den regionalen Handel zu stärken. Während die Aktionäre von überall her kommen können, ist der Wirkungsradius klar auf 150 km um Frankfurt, nach Möglichkeit innerhalb Hessens, beschränkt. Die Grenzen werden eine notwendige Flexibilität haben, damit ein gutes Projekt nicht wegen weniger Meter ausscheidet.

Innovationen unterstützen

Die ersten Projektideen gibt es schon. Der Dottenfelder Hof in der Nähe von Frankfurt braucht Geld für die Finanzierung einer neuen Saatguthalle. Die Gärtnerei Ackerlei in der Wetterau plant die Anschaffung eines bodenschonenden Lauchenters. Die Beteiligung wird so angelegt sein, dass die profitierenden Betriebe einen Zins an die Bürger AG zahlen. Erst nach einer zuvor vertraglich festgelegten Zeit wird dann auch das Beteiligungskapital

zurückgezahlt. Der Vorteil gegenüber einem Bankkredit ist, dass die Beteiligung dem Eigenkapital zugerechnet wird. Damit bleibt die Bonität gegenüber der Bank unbeeinträchtigt. Auch wenn konkrete Aussagen zum derzeitigen Zeitpunkt schwierig sind, geht Joerg Weber von einer Rendite zwischen 1,5 und 2 Prozent aus. Diese wird Ende 2016 oder 2017 gezahlt werden können, prognostiziert Weber. Neben einer Geldrendite könnte es auch eine Naturalrendite geben. Zum Beispiel in einer Art Shopsystem, in dem die Aktionäre dann einkaufen können. Es gibt auch Überlegungen zu einer Regionalkarte, die den Inhaber berechtigt, in Naturkostläden und Biorestaurants vergünstigt einzukaufen. In einem ersten Schritt hofft die Bürger AG auf viele neue Aktionäre. Menschen, die bereit sind ihr Geld langfristig in der ökologischen Landwirtschaft, regionalen Verarbeitungs- und Handelsstrukturen und einem regionalen Tourismus anzulegen. Menschen, denen es darum geht die Region mit ihren gesellschaftlich wertvollen Strukturen zu erhalten und zu entwickeln. *mm*



Die Gesichter der Bürger AG: v.l. Vorstand: Joerg Weber; Aufsichtsrat: Lars Oliver Schubert, Ursula auf der Heide, Prof. Horst Franke Foto: Bürger AG

Die Hähne sind los

Durch die Bruderhahn-Initiative entsteht Auseinandersetzung

Jetzt rettet er schon den Bio-Markt – der eigentlich unnütze Bruderhahn der Legehähne. Wer hätte das gedacht, aber so betitelt das Magazin Biohandel einen Kommentar, die Profilschärfung des Ökosektors einfordert. Das finden allerdings nicht alle Akteure dort eine tolle Idee „Wenn ich jetzt zur Biofach komme“, sagt Carsten Bauck, Bio-Geflügelhalter und quasi der Erfinder der Bruderhahnidee, „dann bin ich da so beliebt wie Fußpilz.“ Jedenfalls unter den meisten landwirtschaftlichen Berufskollegen, schränkt er ein. Die Bio-Verbraucher hingegen machen mit und sagen nicht nur, dass sie es nicht schön finden, wenn die männlichen Küken der Legerassen in den Brüttereien geschreddert werden, sondern zahlen auch die vier Cent mehr pro Ei, mit dem die Bruderhahn-Initiative diese aufzieht. Er sei positiv überrascht, wird

Bauck in der *taz* zitiert, dass der Verbraucher bereit sei, mehr Geld für Ethik auszugeben. Vor rund einem Jahr hatten er und die Naturkostgroßhändler Nord, Elkershausen und Erfurt mit einem weiteren Geflügelhalter das Projekt in Gang gebracht, beworben und die ersten Bruderhähne aufgezogen, nachdem ein Babykosthersteller zugesagt hatte, sie für die Gläserkost abzunehmen. Damals gab Bauck sich noch skeptisch angesichts der Absatzmöglichkeiten der bislang geschmähten, teuer und langsam wachsenden Hühnermänner. „Das sind ja Athleten und die kommen in die Geschlechtsreife, brauchen also noch mehr Platz“, umreißt er die Schwierigkeiten. Heute allerdings erhält er Telefonanrufe von Spitzengastronomen, die ihn anschreien oder anflehen, warum er nicht kontinuierlich dieses „wie früher schmeckende“ Hähn-

chenfleisch liefern könne. Querfinanziert über die Eier werden, so schätzt Bauck, inzwischen rund 40 % der Demeter-Bruderhähne aufgezogen, und die Nachfrage ist noch lange nicht befriedigt. Die Öffentlichkeit ist da, spätestens seit Nordrhein-Westfalen per Gesetz beschlossen hat, das Kükentöten zu verbieten und Niedersachsen auch darüber nachdenkt. Wobei das keine schnelle Lösung ist, die gibt es nicht, sagt Bauck. Ein Zwei-Nutzungshuhn ist nach jahrzehntelangen Züchtungsbestrebungen in die andere Richtung nicht wirklich in Sicht und alle Bruderhähne aufziehen illusorisch und unwirtschaftlich.

Verdrängen beenden

Die Industrialisierung der konventionellen Landwirtschaft drückt einmal mehr auch der Bioszene ihren Stempel auf. Carsten Bauck geht es mit seiner Initiative nicht

darum, die Lösung zu präsentieren, sondern ein Verdrängen des Problems zu beenden. Nun seien immerhin Prozesse in Gang gesetzt, Politik, Züchter, Verbände und schließlich auch die Erzeuger, die sich all die Jahre ganz gut weggeduckt hätten, so Bauck, müssten anfangen, ihre Hausaufgaben zu machen. Und eben auch die Verbraucher müssten akzeptieren, dass Eier etwas kosteten. Dazu passt die Meldung, dass die konventionellen Discounter die Eierpreise, auch die der Bioeier, erneut senken. Selbst wenn Carsten Bauck an der Stelle wahrscheinlich wirklich relativ locker sagen kann, dass ihn das nicht betrifft, viele Bio-Legehähnenhalter setzt das einmal mehr unter Druck. Druck der verursachen kann, dass noch mehr rationalisiert, vergrößert wird, die Gefahr für Missstände und Skandale noch mehr steigt. Wird Zeit, dass der Hahn rettet. *cs*

Saatgutrecht zum Wahlkampfthema machen!

Ein gleichberechtigter Marktzugang für die Biodiversität hängt auch vom neuen EU-Parlament ab

Der Text der EU-Kommission für ein neues Saatgutverkehrsrecht ist tot. Erst einmal. Oder doch nicht? Im Februar haben der Agrarausschuss und der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments den Vorschlag der Europäischen Kommission abgelehnt. Im März wird das Plenum über die Ablehnung abstimmen und sehr wahrscheinlich die Kommission dazu auffordern, einen besseren Vorschlag vorzulegen. Das ist ein grosser Teilerfolg für die Arbeit von Saatgutinitiativen, Verbänden für bäuerliche Saatgutarbeit und des Ökologischen Landbaus und Züchtung. Das Thema Saat- und Pflanzgut ist in der Gesellschaft so wichtig geworden, dass die Abgeordneten des Europaparlaments einen radikalen Schritt tun. Gewonnen ist es damit noch nicht. Es ist nicht sicher, dass die Kommission die Kritik auch annehmen und einen neuen Vorschlag vorbereiten wird: Sie möchte keinen Präzedenzfall für die Zurückweisung mühevoll ausgearbeiteter Gesetzesvorschläge schaffen. Es liegt letztendlich am zuständigen maltesischen Verbraucher-Kommissar Tonio Borg, ob er seinen Beamten eine Neufassung des Gesetzesvorschlags verordnet, oder ob er dem im Mai neu gewählten Europa-Parlament im Herbst wieder den alten Vorschlag auftischt. Er selbst wird das Saatgutverkehrsrecht nicht mehr bis zum Ende verhandeln - denn ab November wird ein neues Kollegium die Führung der Kommission übernehmen.

Die Mitgliedsstaaten verhandeln

Parlament und Kommission entscheiden natürlich nicht ohne den Dritten im Bunde: den Rat. Die Mitgliedstaaten haben in der zuständigen Ratsarbeitsgruppe bereits Kompromisse verhandelt. Damit diese Arbeit nicht umsonst war, hört man von dort eher gemässigte Stimmen: Verbesserung des Gesetzesvorschlags statt kompletter Neubeginn. Als Zwischenschritt haben sich Mitgliedstaaten und Kommission auf die zeitweilige Marktzulassung von heterogenem Material unter der bestehenden Gesetzgebung geeinigt. Sie ist leider nur auf Getreide und Mais beschränkt - es ist aber immerhin ein erster Schritt in die Praxis, Populationen neben homogenen Sorten für eine breitere Vermarktung anzuerkennen. Nun ist es wichtig, dass diese Möglichkeit auch genutzt wird, damit das Experiment nicht zur Annahme führt, es gäbe keinen Bedarf. Der Basisrechtsakt des neuen Saatgutverkehrsrechts muss jedoch sicher stellen, dass Vielfaltssaatgut nicht diskriminiert wird und alle Akteure einen fairen Zugang zum Saatgutmarkt haben. Forderungen sind: Privatpersonen, Landwirte, Gärtner und Erhaltungszüchter müssen Saatgut frei tauschen und in klei-



Vielfalt auf dem Acker

Foto: Knipselinse/pixelio

nen Mengen auch handeln können. Kein Zulassungszwang und keine Kontrollen für nicht kommerzielle Sorten. Einfache Regeln für kommerzielle Sorten, die nur in kleinen Mengen auf den Markt gebracht werden. Fairer Marktzugang für Populationsorten und Biozüchtung durch angepasste Prüfkriterien. Klare Kennzeichnungen der eingesetzten Züchtungstechniken. Der Kommissionsvorschlag hatte zwar einige Themen aufgegriffen (Heterogenes Material, Nischenmarkt, Erhaltungssorten), er setzt sie aber unzureichend um.

Aussäen, anfragen und weitersagen!

Mit dem Frühling beginnt die Aussaat - und in diesem Jahr auch der Europawahlkampf. Deshalb ist es wichtig, das Thema Saatgut noch stärker sichtbar zu machen: Zum einen sollen die Kandidaten für das EU Parlament sich bereits jetzt mit dem Thema auseinandersetzen und verpflichten, in der kommenden Legislaturperiode

für mehr Vielfalt zu stimmen. Zum anderen brauchen wir einen langfristigen Bewusstseinswandel, um die Vielfalt der Nutzpflanzen in den Händen vieler kleiner Akteure zu erhalten und weiter zu entwickeln. Deshalb wurde die Kampagne „Freiheit für die Vielfalt“ unter anderem vom Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) ins Leben gerufen: Dort können für eine Spende von 5 Euro Fähnchen bestellt werden, die im Garten aufgestellt ein deutliches Zeichen setzen. Diese Saatgut-Fähnchen werden wohl mehrere Jahre in Gebrauch bleiben können, denn nach der Reform des Saatgutverkehrsrechts plant die EU eine Revision der Sortenschutzgesetzgebung.

Antje Kölling, IFOAM EU, Europäische Dachorganisation der ökologischen Landbauverbände und -Akteure, www.ifoam-eu.org Fähnchen und Aktionen ab Mitte März auf www.freievielfalt.de, Kontakt: Rebekka Schwarzbach, 030 284 823 24



Gerichtstermin

Es geht um den fundamentalen Beschluss des Europäischen Gerichtshofs zur Pflicht der Bauern und Aufbereiter hinsichtlich ihrer Informationsweitergabe. Der EuGH hatte geurteilt, dass Bauern nicht verpflichtet sind, Aufbereitern Sortennamen zu nennen. Das Landesamt für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen (LANUV) hat auf Hinweis der Saatguttreuhand Verwaltungs GmbH (STV) verfügt, dies verletze die Saatgutaufzeichnungsverordnung und sei deshalb rechtswidrig. Das Oberlandesgericht Hamm wies diese Auffassung unter Berufung auf die alte EuGH-Entscheidung ab, nun liegt der Fall erneut beim Amtsgericht Recklinghausen und wird dort verhandelt am 21. 3. Es verspricht ein spannender Termin zu werden, den man nicht versäumen sollte. Infos bei Georg Janßen, Tel: 04131 407757

Warum überhaupt eine Sortenzulassung?

Diese Frage tauchte und taucht im Zusammenhang mit der Revision des Saatgutverkehrsgesetzes immer wieder auf. Das Saatgutverkehrsgesetz stammt aus einer Zeit direkt nach dem 2. Weltkrieg, als es darum ging, die wenigen vorhandenen Ressourcen so effektiv wie möglich einzusetzen. Schlechtes Saatgut und eine große Vielfalt von Sorten, darunter auch unproduktive oder anbauunsichere waren eher die Regel als die Ausnahme. Eine Sortenzulassung und Saatgutenerkennung durch eine staatliche Behörde sollte Qualität und Ernährung sicherstellen. Das Bundessortenamt übernahm die Sortenzulassung nach den vier Kriterien: Unterscheidbarkeit, Homogenität, Beständigkeit und landeskultureller Wert. Jede neu gezüchtete Sorte muss nach diesen Kriterien geprüft und zugelassen werden. Dies ist nicht zu verwechseln mit dem Sortenschutz, der zwar separat nach dem Sortenschutzgesetz, aber nach denselben Kriterien erteilt wird, und dem Züchter die exklusiven Eigentumsrechte sichert. Heute geht es nicht mehr um Ernährungssicherung, und die Frage ist berechtigt, wie viel Relevanz das Zulassungskriterium landeskultureller Wert, hinter dem sich eine Ertragssteigerung gegenüber den am Markt befindlichen zugelassenen Sorten verbirgt, noch hat. Sorten kleinerer Züchter, die spezielle Märkte im Auge haben, wie zum Beispiel den ökologischen, können und wollen vor allem nicht unbedingt eine Ertragssteigerung gegenüber konventionellen Hochleistungssorten vorweisen. Auch auf die Kriterien Homogenität oder Unterscheidbarkeit legen Züchter mit einem Fokus auf ökologische Anbaubedingungen unter Umständen weniger Wert (als Beispiel sei die in unterschiedlichen Farben blühende Zucchini-Sorte genannt, die die Homogenitätslatte reißt, aber trotzdem die stabilsten Erträge an Verkaufsware unter ökologischen Anbaubedingungen hervorbringt). Hätte man keine Sortenzulassung mehr, könnten mehr und speziellere Sorten ihren Weg auf ebenfalls speziellere Märkte finden. Allerdings gibt es auch nicht wenige Stimmen aus der alternativen Züchterszene, die davor warnen, zu laut eine komplette Abschaffung der Sortenzulassung zu fordern. Bedeute es doch auch, das bestehende System, in dem man bislang seine Lücke gefunden hatte, über den Haufen zu werfen und damit womöglich ganz neue ungleich schwierigere Fässer aufzumachen. Nicht verwechselt werden darf das Zulassungsverfahren mit Saatgutqualität, die über den Anerkennungsverfahren gewährleistet wird. Das heißt, selbst wenn Sorten nicht mehr zugelassen, sondern beispielsweise nur noch beschreibend registriert werden müssten, müsste ihr Saatgut geprüft und anerkannt (Keimfähigkeit, Fremdbesatz im Vermehrungsbestand etc.) werden. Es wäre umso wichtiger, dass dieser Schritt in staatlicher Hand bliebe und nicht wie von der EU-Kommission vorgeschlagen, privatisiert und damit konzernkonform monopolisiert würde.

Fit für den Weltmarkt?

Wie Schweineerzeuger den hohen Preis der Exportorientierung zahlen

Bäuerin Gretchen Müller, sagen wir mal sie hat weniger oder weit weniger als 1.500 Mastschweine im Stall, ist den stetig steigenden Futterkosten ausgesetzt bei tendenziell fallenden Erzeugerpreisen (siehe Grafik). Sie kommt nicht mehr so richtig über die Runden. Sie ist auch nicht in der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft organisiert. Somit hört sie immer nur die gleichen gängigen und von interessierter Seite geprägten Argumente, die in etwa lauten: Die niedrigen Preise seien doch als Herausforderung für die Landwirte zu begreifen. Oder: Wachstum sei für Betriebe unverzichtbar, da der effiziente Einsatz moderner und kostspieliger Technik nur bei einer gewissen Betriebsgröße wirtschaftlich sei. Oder: Wer nicht wächst, der müsse eben weichen. Oder, oder, oder. Die Strategie dahinter ist eindeutig. Bäuerin Gretchen Müller soll denken, dass sie an ihrer wirtschaftlichen Misere selbst Schuld ist. Wie Bäuerin Müller geht es vielen ihrer Kolleginnen und Kollegen.

Schweine für den Export

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass in den vergangenen Jahren viele Schweinebetriebe aufgegeben haben. Es liegen zurzeit vergleichbare Zahlen bis 2009 vor. Von 2001 an betrachtet haben im Durchschnitt fast 42 Prozent der Betriebe ihre Schweineerzeugung eingestellt. Mit einem Rückgang von knapp 49 Prozent sind die Zuchtsauenhalter im Vergleich zu den Mastbetrieben stärker betroffen. Die Zahl der Schweine pro Betrieb hingegen hat sich im Durchschnitt von 2001 bis 2009 insgesamt von 223 auf 400 fast verdoppelt. Weiterhin lässt sich feststellen, dass in Deutschland von 2001 bis 2011 der Selbstversorgungsgrad mit Schweinefleisch von 88 auf 115 Prozent gestiegen ist. Dadurch sind die deutschen Exportmengen innerhalb und außerhalb der EU im selben Zeitraum um das 3,5 fache gestiegen. Bäuerin Gretchen Müller soll nicht verstehen, dass trotz oder gerade wegen der Exportorientierung und der damit verbundenen Produktionssteigerung in Deutschland um 30 Prozent, sich die Erzeugerpreise für die Schweinemäster und Sauenhalter kontinu-

ierlich nach unten entwickelt haben. Und die Versprechungen seitens der Industrievertreter, dass der Weltmarkt aber in Zukunft mehr Nachfrage bringe, widerlegen die Prognosen der OECD zur Weltmarktentwicklung bis zum Jahr 2022 eindeutig (siehe *Bauernstimme* 01/2014).

Einlagerung, Intervention, Subvention

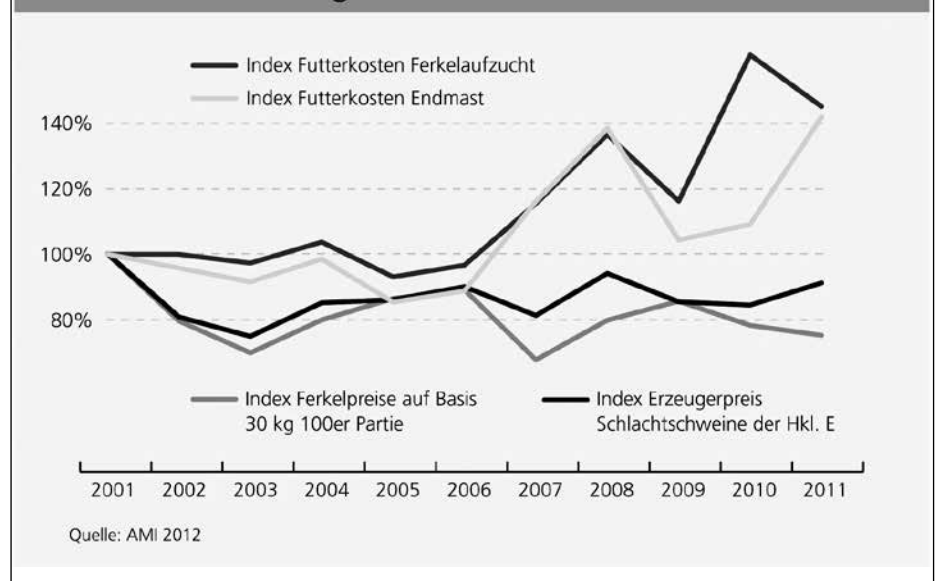
Trotzdem wird die Überschussproduktion von Schweinefleisch mit einer systematischen Agrarpolitik in der EU und von Deutschland gefördert. In der Marktpolitik werden mit dem Instrument der privaten Intervention Überschüsse zu sehr niedrigen Richtpreisen vom Markt genom-

Milchpolitik hat da schon hilfreiche Ansätze geliefert. Des Weiteren bieten die Novellen zum Baugesetzbuch, Tierschutz und Arzneimittelgesetz Hebel, um der anhaltenden Entwicklung in die Industrialisierung der Tierhaltung entgegenzuwirken. Aber das wird Bäuerin Müller dann so verkauft, dass Tierschützer oder sonstige gesellschaftliche Gruppen die Bauern kaputt machen wollen. Dass vielmehr Koalitionen zwischen Bauern und Zivilgesellschaft möglich sind, um gemeinsam von dieser unsinnigen Agrarpolitik abzuweichen, soll Bäuerin Müller auch lieber nicht wissen. Genauso wenig, dass die aktuelle Ausrichtung der Agrarpolitik fast ausschließlich der Agrar-

ADM bestraft

Der Agrarrohstoff-Multi Archer-Daniels-Midland (ADM) zahlt laut Zeitschrift *agrarmanager* eine Geldstrafe von knapp 40 Mio. Euro an die US-Behörden, um eine Strafverfolgung wegen Bestechung ukrainischer Beamter durch die ADM-Tochter A.C.Toepfer abzuwenden. en

Abbildung 7: Entwicklung der Erzeuger und Futterkosten in Deutschland im Vergleich



men und eingelagert. Wenn sich der Markt entspannt, wird auf die Interventionsbestände zurückgegriffen und diese Mengen verhindern eine Preiserholung nach oben. Mit diesem Instrument werden die Überschüsse in der EU mit staatlicher Unterstützung verwaltet und die Erzeugerpreise künstlich niedrig gehalten. Die Exportsubventionen für Schweinefleisch sind zurzeit ausgesetzt und können jederzeit aktiviert werden. Exportsubventionen wie auch die Interventionsinstrumente müssen abgeschafft werden.

Entgegen diesen agrarpolitischen Instrumenten bietet die europäische Marktpolitik zaghafte Ansätze für eine Erzeuger- und Angebotsbündelung, um Überschüssen marktorientiert entgegenzuwirken. Die Marktpolitik gilt es nach Meinung der AbL und anderer bäuerlicher und zivilgesellschaftlicher Verbände weiterzuentwickeln, nicht nur im Schweinesektor, sondern auch in anderen landwirtschaftlichen Bereichen. Die Debatte um eine Mengensteuerung für eine bedarfsorientierte Erzeugung in der

industrie schmeckt. Global orientierte Schlachtunternehmen und Futtermittelindustrie profitieren nachweislich durch Expansion auf den Weltmärkten und Konzentration auf immer weniger Unternehmen von dieser Entwicklung.

Auch die Märkte in Entwicklungsländern sind ganz klar mit auf der Zielscheibe der deutschen Exportindustrie von Schweinefleisch, mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Bäuerinnen und Bauern in den armen Ländern. Mehr dazu in einer weiteren Ausgabe der *Bauernstimme*.

Berit Thomsen,

AbL / Internationale Agrarpolitik

Korrektur:

In der Zusammenfassung der Studie hat sich ein Schreibfehler eingeschlichen. Auf Seite 8 heißt es, „In der EU ist Deutschland mit 637,57 Millionen Tonnen (...) größter Exporteur von Schweinefleisch.“ Es handelt sich um 637,57 Tausend Tonnen Schweinefleisch, wie in der Studie selbst an mehreren Stellen richtig dargestellt ist.

Die Daten stammen aus der neuen Studie: *System billiges Schweinefleisch – Folgen der europäischen Exportindustrie für bäuerliche Strukturen in Deutschland und Bedeutung für Entwicklungsländer*. Herausgeber der Studie ist die AbL. Unterstützer sind *Brot für die Welt* und *Misereor*. Zum selber drucken oder bestellen: www.abl-ev.de/themen/fairer-welthandel/materialien

Gentechnik-Mais zulassen... und dann verbieten?

Die Bundesregierung ignoriert den Willen der Mehrheit der Bevölkerung und ihren eigenen Koalitionsvertrag

Nur noch nie haben sich so viele Mitgliedsstaaten gegen den Anbau einer gentechnisch veränderten (GV) Pflanze auf Europas Äckern ausgesprochen. 19 von 28 EU-Mitgliedsstaaten haben mit „Nein“ und damit gegen die Maislinie 1507 gestimmt. Das brachte aber „nur“ 210 statt 260 Stimmen, die für eine qualifizierte Mehrheit nötig gewesen wären. Jetzt liegt die Entscheidung bei der EU-Kommission. Wie schnell die Zulassung erfolgen wird, ist derzeit noch unklar.

Merkel-Mais

Nur fünf Länder: Spanien – das einzige EU-Land, in dem derzeit GV-Mais auf nennenswerten Flächen angebaut wird – England, Schweden, Finnland und Estland stimmten für die Zulassung des Insektengift-produzierenden und Herbizid-resistenten Mais der Linie 1507 von Pioneer Hi-Bred. Vier Länder enthielten sich: Deutschland, Portugal, Tschechien und Belgien (zusammen 65 Stimmen). Die übrigen 19 Länder stimmten mit „Nein“. Der 1507 wird in einigen Zeitungen auch als „Merkel-Mais“ bezeichnet. Durch die Enthaltung der Bundesregierung ebnet die Kanzlerin dem GV-Mais 1507 den Weg. Hätte die Bundesregierung klar mit Nein gestimmt, wären vermutlich auch andere Länder nachgezogen. Im Fall der Zulassung wäre 1507 neben MON810 der zweite Gentechnik-Mais der in der EU angebaut werden dürfte. In neun Mitgliedsstaaten ist der Anbau von MON810 aktuell verboten. Gleich im Anschluss an die Abstimmung

über 1507 hatte sich Ex-Bundeslandwirtschaftsminister Hans-Peter Friedrich zu Wort gemeldet: „Was wir versuchen wollen, ist eine Ausstiegsklausel, eine sogenannte Opt-out-Klausel, zu vereinbaren, die es uns dann in Deutschland ermöglichen würde, trotz Zulassung auf europäischer Ebene einen Anbau in Deutschland zu verhindern.“ Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer und auch der Agrarminister Mecklenburg-Vorpommerns, Till Backhaus (SPD), wollen dazu eigene Anträge im Bundesrat einbringen. Der Opt-out-Vorschlag stammt von der EU-Kommission – Jahrgang 2010. Danach sollen Mitgliedsstaaten weitere Möglichkeiten erhalten, auf ihrem Territorium den Anbau von GV-Pflanzen zu verbieten. Was sich zunächst gut anhört, kritisiert der BUND als „gefährliches Blendwerk“, da im Gegenzug die laufenden Zulassungsverfahren beschleunigt werden sollen. Georg Janßen von der AbL dazu: „Bevor die Bundesregierung über einen solchen Schritt nachdenkt, muss sie ihre Haltung zur Zulassung ändern. Man kann nicht erst mit Enthaltung stimmen und dann regional verbieten wollen. Das ist schizophren. Zudem ist dazu die Öffnung von EU-Richtlinien notwendig, das braucht Zeit. Wenn 1507 zugelassen wird, brauchen wir aber jetzt Lösungen, die die gentechnikfreie Erzeugung in ganz Europa sichern.“ Außerdem muss sichergestellt werden, dass nationale Anbauverbote auf einer sicheren Rechtsgrundlage erlassen werden können.

In Brasilien, wo der 1507 angebaut



Untergang der Verbraucherwünsche - Land unter zwischen Maisstoppeln Foto: Dreiucker/pixelio

wird, zeigen sich bereits im dritten Anbaujahr erhebliche Probleme, weil der Maiszünsler, statt durch das vom 1507 produzierte Insektengift abzusterben, den Mais zerstört. Die Bauern haben 30 % Ernteverluste, wie „report München“ jüngst in einem Beitrag zeigte. Auch im zweiten Bundesstaat Parana wird der 1507 „zum Fest für die Raupen“. In Puerto Rico ist der Mais 1507 wieder vom Markt genommen.

Anbau 2014?

In Deutschland wagen sich hingegen die ersten Landwirte aus der Deckung. Der Geschäftsführer der Raminer Agrar GmbH in Mecklenburg-Vorpommern erklärte in einem Interview, dass er 1507 aussäen will. Bereits in den Jahren 2006 bis 2008 hatte er MON810 angebaut. Er

denkt, dass die Technik verteufelt wird, anstatt die Menschen aufzuklären. Auch in der Region Dresden bewegt 1507 die Gemüter. „Es wird Zeit, dass das Verbot (von MON810) verschwindet. Schließlich war es nicht sachlich begründet“, meint der Vorstandsvorsitzende der Agrargenossenschaft Radeburg. Bevor 1507 in den EU-Ländern angebaut werden darf, muss der GV-Mais - sofern die Zulassung erteilt wird - ins Sortenregister eingetragen werden. Da Pioneer den Antrag ursprünglich in Spanien gestellt hatte, erfolgt zuerst der Eintrag ins spanische Register. Danach darf der Gentechnik-Mais auf die europäischen Äcker, vermutlich wird dies erst 2015 möglich sein.

Annemarie Volling, Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft

Gentechnik-Geflügel-Genuss für Gourmets

Wiesenhof, Rothkötter & Co starten Gentechnik-Soja-Offensive

Seit rund 14 Jahren verzichten die Hähnchen- und Geflügelhalter in weiten Teilen auf gentechnisch veränderte (GV) Soja – nicht zuletzt wegen des Drucks des Handels und der Fast-food-Ketten und der Verbraucher, die Gentechnik auf dem Teller ablehnen. Mitte Februar erklärten die Verbände der großen Hähnchen-, Putenfleisch- und Eierproduzenten aus Deutschland jedoch, ab sofort wieder GV-Soja an ihre Tiere verfüttern zu müssen. Als Gründe nennen sie u.a., dass 2014 das Angebot an gentechnikfreier Soja sinke und argumentieren mit höheren Futterkosten. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hat alle großen Lebensmittelhändler in einem Brief aufgefordert, ihre Regale frei von Gentechnik zu halten: „Wir sehen bei den Lebensmittelketten und bei den

Discountern eine hohe Mitverantwortung, wie in Zukunft Geflügelfleisch und Eier erzeugt werden, und fordern sie auf, ein deutliches Signal für gentechnikfreie Lebensmittel und Fütterung zu setzen. Dies muss sich auch im Erzeugerpreis widerspiegeln“, so AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen

Gentechnikfrei bleiben

Es gibt aber schon erste namhafte Geflügelmäster und Eiervermarkter, die nicht hinter den Aussagen ihrer Verbände stehen. So werden Plukon Deutschland (ehemals Stolle) und auch die Deutsche Frühstücksei weiterhin Hähnchen und Eier mit GVO-freiem Futter produzieren. Ebenso teilte die REWE Group mit, dass das Hähnchensortiment der Eigenmarken gentechnikfrei bleibe. Seit Anfang 2013 setzt

REWE bei ihren Eigenmarken auf gentechnikfreie Soja zur Fütterung sämtlicher Hähnchen im Frischebereich. Laut Ricardo Tatesuzi de Sousa, Geschäftsführer von ABRANGE, dem brasilianischen Verband der Produzenten gentechnikfreier Soja, nimmt die Verfügbarkeit gentechnikfreier Rohware rasant zu. „Die brasilianischen Landwirte produzieren im Vergleich zur Vorsaison zehn Prozent mehr konventionelle Soja. Für den größten sojaproduzierenden Bundesstaat Mato Grosso liegen die Ernteprognosen sogar bei einer Steigerung von 50 Prozent.“ Die Engpässe, die im letzten Jahr bei der Verschiffung von Soja aus Brasilien entstanden sind, waren laut VLOG (Verein Lebensmittel ohne Gentechnik) ein generelles Problem, denn die brasilianische Hafen-Infrastruktur war der

stark gestiegenen Sojaproduktion nicht mehr gewachsen. Das führte auf dem gesamten Sojamarke und speziell bei gentechnikfreier Ware zu enormen Preissteigerungen des Sojaschrotes. Eine Reaktion ist, dass mit der neuen brasilianischen Ernte ab März 2014 die Verschiffung von Sojaschrot per Container deutlich zunehmen wird. Die Frachtkosten seien mittlerweile auf demselben Niveau wie bei der Schüttgut-Verschiffung angelangt. VLOG-Sprecher Alexander Hissting versteht den Sinneswandel der Geflügelindustrie nicht. „Für nur 8 Cent Mehrkosten je Hähnchen könnte Wiesenhof und Co dem Verbraucherwunsch nachkommen. Wer heute sagt gentechnikfreie Fütterung sei nicht möglich, will nicht, dass sie möglich ist.“ *Annemarie Volling, Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft*

„Wir müssen uns zusamm tun“

Drei Gäste aus Südamerika berichten über die Folgen des Sojaanbaus

Die EU importiert weit mehr als die Hälfte ihres Sojabedarfs aus Brasilien, Paraguay, Uruguay und Argentinien. Bei den Importen dieser eiweißhaltigen Futterbohne nach Deutschland sieht es ähnlich aus. Diese Länder sind auch schon länger bekannt, wenn es um die Folgen des anziehenden Sojabedarfs Europas in den Anbauländern geht. Neu auf dem globalen und arbeitsteiligen Parkett der Futterbohne ist Bolivien. Allerdings eher indirekt, denn das Soja aus Bolivien bleibt überwiegend in Südamerika - einerseits für die Tierfütterung in Südamerika, aber eben auch, um die durch Exporte entste-

gibt es 33 Millionen Hektar Ackerland. Davon wird auf 19 Millionen Hektar Soja angebaut, welches fast uneingeschränkt gentechnisch verändert ist. Die Auswüchse sind enorm. Gensoja wurde im Jahr 1996 eingeführt. Noch im Jahr 1992 legen Statistiken dar, das 30 Millionen Liter Pestizide in der argentinischen Landwirtschaft eingesetzt worden sind. Im Jahr 2012 sind es 300 Millionen Liter und davon sind 200 Millionen Liter Glyphosat. 12 Millionen Menschen werden im Jahr mit Pestiziden besprüht. In Dörfern, die inmitten intensiver Sojaregionen liegen, liegt die Krebsrate bei 30 Prozent und damit um 10 Pro-

die traditionelle Kultur in Bolivien ist. Da der Bodenpreis in Bolivien derzeit noch billiger ist als in anderen südamerikanischen Ländern, wird 63 Prozent des Sojaanbaus von Nicht-Bolivianern betrieben. Hauptsächlich kommen die Investoren aus Brasilien oder Argentinien. 80 Prozent der Soja geht in den Export. Hauptsächlich durch den Sojaanbau bedingt, werden 100.000 Hektar Wald pro Jahr abgeholzt. Auch verschärfen sich in den Gebieten des Sojaanbaus die Gesundheitsprobleme der dort lebenden Menschen.“

Mit Handbremse

Über 400.000 Menschen haben auf der Internetseite von campact gegen das Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen unterschrieben. EU-Handelskommissar Karel de Gucht bekam sie überreicht nachdem er schon einen Teil der Verhandlungen aussetzen musste. Zwar gibt es erneut Gespräche über Zollvereinbarungen, Verbraucherstandards stünden aber nicht zur Verhandlung. Natürlich erwähnte de Gucht noch einmal die grundsätzliche Wichtigkeit des Abkommens. Die Organisationen, die die Unterschriftenaktion unterstützen, darunter die AbL, fordern einen Stopp der Verhandlungen. Die bäuerlichen und gesellschaftlichen Werte stünden auf dem Spiel, so AbL-Vorstand Bernd Voß. pm



Leonarda Rossi, Miryam Duarte Rojas, Enrique Castañon Ballivian

Foto: Thomsen

henden Sojalöcher zu stopfen. Aber der Reihe nach. Auf Einladung des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika (FDCL) sind drei Gäste aus Südamerika durch Deutschland gereist. Ein Journalist aus Argentinien, ein Wissenschaftler aus Bolivien und eine Bäuerin aus Paraguay. Sie wollten einerseits mit neuen Fakten aus ihrer Region über die Folgen des Sojaanbaus berichten und andererseits Informationen aus Deutschland zum Thema zurücktragen. Dafür fanden neben Veranstaltungen auch verschiedene Treffen mit zivilgesellschaftlichen Gruppen statt, darunter auch mit der AbL. Die Südamerikaner berichten mit aktuellen Zahlen von den Folgen des Sojaanbaus und von einem Beispiel des Widerstands.

Krebsrate steigt

Leonardo Javier Rossi lebt in Argentinien in der zweitgrößten Stadt Córdoba. Er ist freier Journalist, schreibt für staatliche und private Medien und sagt: „Ich beschäftige mich vor allem mit den sozialen, gesundheitlichen und Umwelt-Auswirkungen des Sojaanbaus. In Argentinien

zent über dem landesweiten Durchschnitt.“

Enrique David Castañon Ballivian arbeitet für die Stiftung Erde (Fundación Tierra), die sich mit landwirtschaftlichen Themen beschäftigt. Er lebt in der Hauptstadt von Bolivien, La Paz, und erzählt: „In Bolivien findet mittlerweile ein bedeutender Anteil der Sojaproduktion innerhalb Südamerikas statt. Diese Entwicklung hängt eng mit den politischen Strukturanpassungsprogrammen zusammen. Es wurden etwa die Straßennetze für die Sojalaster ausgebaut. Diese Entwicklung begann in den neunziger Jahren. Seit 2005 ist der Anbau mit gentechnisch verändertem Soja erlaubt.“

Ausländische Investoren in Bolivien

Enrique David Castañon Ballivian berichtet weiter: „Die bäuerliche Landwirtschaft wurde zugunsten des Sojaanbaus in den vergangenen zwei Jahrzehnten überhaupt nicht mehr weiterentwickelt. Heute wird auf 37 Prozent der gesamten Ackerfläche, meist die fruchtbarsten Böden, Soja angebaut. Mittlerweile müssen wir sogar Kartoffeln importieren, obwohl die Kartoffel

Eine Bewegung

Miryam Estela Duarte Rojas lebt in Paraguay, vertritt als Bäuerin Via Campesina und arbeitet als Lehrerin an einer Schule für Agrarökologie. Sie sagt: „In der Schule sollen 120 Bauernkinder ab 12 Jahre ihre schulische Bildung beenden. Die Schule wurde im Jahr 1988 gegründet. Da begann es schon, dass durch die Industrialisierung in der Landwirtschaft die Bauern von ihrem Land verdrängt wurden. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft wurde in Kampagnen sogar richtiggehend schlecht gemacht, als ein Modell, das überwunden werden musste. Mit dieser Schule wollen wir jungen Menschen Möglichkeiten aufzeigen, damit sie auf dem Land bleiben und nicht in die Städte abwandern. Das ist auch wichtig, um unsere Ernährungssouveränität zu sichern. Wir lehren ein verantwortungsbewusstes Verhältnis zum Boden. Boden ist kein kommerzielles Gut für Einzelpersonen allein, sondern auch ein Gut für die Allgemeinheit, das es zu erhalten gilt. Diese Reise nach Deutschland halte ich für wichtig, damit wir uns über unsere Probleme austauschen können. Wir dürfen uns nicht isolieren, sondern müssen uns zusamm tun.“

Das FDCL arbeitet zum Themenfeld „Soja“ bereits seit mehreren Jahren. Dabei setzen sie sich sowohl mit den Ursachen, Triebkräften als auch den Folgen der Expansion des Anbaus der „Wunderbohne“ in einigen Ländern Südamerikas auseinander.

Berit Thomsen,
AbL, Internationale Agrarpolitik

Chancen für bäuerliche Betriebe

Die neue Ministerin Priska Hinz bei der AbL Hessen

Anfang Februar fand die Wintertagung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Hessen auf dem Biolandhof Hartmann in Flieden, nahe Fulda, statt. Ca. 80 Bäuerinnen und Bauern diskutierten mit der neuen hessischen Landwirtschaftsministerin Priska Hinz (Grüne) die anstehenden Änderungen der Agrarpolitik. Reinhard Nagel, Milchbauer und Sprecher der AbL Hessen fasste in seiner Einführung die Forderungen zusammen: „Wir brauchen jetzt eine klare Ausrichtung der Politik für die Stärkung aller bäuerlichen Betriebe, egal ob bio oder konventionell. Das kann z.B. durch eine Eiweißstrategie für Hessen geschehen, damit die Abhängigkeit von Importfuttermitteln wegfällt.“ „Außerdem“, so Nagel weiter „braucht es tatsächlich ausgleichende Zahlungen für die schwierigen Regionen. Vor allem muss aber die dezentrale Vermarktung von regionalen Lebensmitteln zu fairen Preisen ermöglicht werden.“ Klare Positionen wurden der Ministerin auch ergänzend vom AbL Bundesgeschäftsführer Georg Janßen genannt: „Die Landesregierung muss sich das Grundstücksverkehrsgesetz ernsthaft vornehmen, um den Bodenmarkt besser zu regulieren und so den Zugang zu Land für bäuerliche Betriebe zu erhalten.“

Ökoaktionsplan

Ministerin Priska Hinz sah viele Übereinstimmungen des Regierungsprogramms mit den AbL-Forderungen. Hessen soll eine gentechnikfreie Region bleiben, die Agrarinvestitionsförderungen sollen überprüft und deutlich stärker an einer artgerechten Tierhaltung ausgerichtet werden. Ein weiterer Schwerpunkt, so die Ministe-

rin, soll eine Landwirtschaftsusbildung sein, die die gesellschaftlichen Forderungen nach mehr Tierschutz, Umweltverträglichkeit, Nachhaltigkeit und Vielfalt aufnimmt. Kernthema werde aber ein Öko-Aktionsplan.

In einem detaillierten Vortrag zu den direkten Auswirkungen der Reform der Agrarpolitik auf hessische Bäuerinnen und Bauern ergänzte Gerd Trautmann, Referatsleiter im Ministerium, dass der Öko-Aktionsplan nicht nur für die Umstellung von Betrieben auf Ökolandbau gedacht sei, sondern allen Höfen helfen solle, umweltgerechter zu wirtschaften. Jeder Landwirt habe im neuen Entwicklungsplan ländlicher Raum (EPLR) die Möglichkeit, für seine gesellschaftlichen Leistungen, wie bspw. den Anbau von Leguminosen in einer fünfgliedrigen Fruchtfolge, honoriert zu werden.

Dass es um weit mehr geht als nur die Anpassung von Förderprogrammen machte Jeannette Lange, Sprecherin der AbL Hessen, deutlich: „Wir wollen die Kultur bäuerlichen Denkens und Handelns erhalten, die naturgemäß nur von Mensch zu Mensch weitergegeben und gepflegt werden kann, also über Kommunikation unter Landwirten, sowie der Aus- und Weiterbildung, aber nicht durch Ge- und Verbote erzwungen werden kann.“

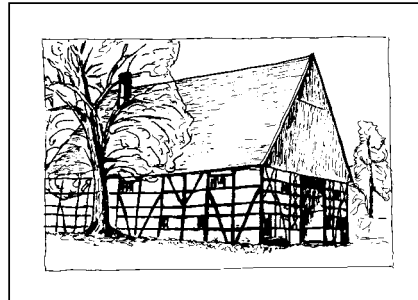
„Es gibt zum Glück noch viele regional orientierte Betriebe in Hessen. Eine Förderung der Industrialisierung der Landwirtschaft darf es dagegen in Zukunft nicht mehr geben“, schließt Peter Hamel, konventionell wirtschaftender Milchbauer aus dem Vogelsberg-Kreis, der neben Reinhard Nagel und Jeannette Lange zum Sprecher der AbL Hessen gewählt wurde. *mm*



Auf der AbL-Mitgliederversammlung in Hessen. v.l. Reinhard Nagel, Jeanette Lange, Werner Hartmann, Landwirtschaftsministerin Priska Hinz und Irene Hartmann
Foto: Nürnberger

99 Luftballons...

...werden es noch nicht sein, aber viele sind es schon, die ich im Laufe meines Bauernlebens gesammelt habe. Ich hatte Lust auf eine Geschichte und wartete auf Gelegenheit. Plötzlich lag sie vor mir auf dem Acker. Die Reste eines zerfetzten bunten Luftballons, da-



... aus Nordrhein-Westfalen

ran eine Schnur und daran eine Karte mit der Bitte, diese doch an die aufgeschriebene Adresse eines Kindes zurückzusenden. Die Luftpost hatte eine weite Reise hinter sich, aus dem fernen Tirol über die Berge bis nach Bayern. Da lag sie jetzt und wartete darauf, ob ich meine wichtige Arbeit unterbrechen, vom Traktor absteigen, sie auf-

nehmen und beantworten oder zurücksenden würde. Aber wer sonst sollte es tun wenn nicht ich, war es doch die letzte Gelegenheit, bevor mein Pflug sie ins Innere des Erdbodens wenden würde und die Frage des unbekanntens Absenders unbeantwortet ließe nach dem Verlauf ihrer Reise. Also: Maschine gestoppt, hoch den müden Hintern, abgestiegen und zu Boden gebückt. Für diese kleine Übung wurde ich sofort mit geistiger und körperlicher Frische belohnt und die langweilige Arbeit machte wieder Freude. In einem Büro oder gar einem Ministerium wäre mir so ein Erlebnis wohl nie vergönnt. Zum Glück geht mein Traktor so langsam und ist der Pflug so schmal, dass ich die zu bearbeitende Fläche gut überblicken und rechtzeitig halten kann. Felder, auf denen mit mehr als zwanzig Meter Arbeitsbreite geackert wird, sind keine guten Adressen für derartige Luftpost.

Oft habe ich es selber schon erlebt bei Kindergartenfesten, Geburtstags- oder Hochzeitsfeiern, dass jeder Gast einen gasbefüllten Ballon mit einem Kärtchen mit Gewinnspiel oder speziellen Glückwünschen für Jubilar oder Brautpaar zum Himmel steigen ließ. Wenn überhaupt, dann beteilige ich mich nur widerwillig an solcher Landschaftsverhandlung. Irgendwo muss das Zeug ja wieder runter. Und wer räumt das dann alles weg? Ich natürlich! Und sogar ohne Murren und voller Freude. Ich komme mir dann vor wie ein Seefahrer, wenn er Flaschenpost findet. So was lässt man nicht gehen, da ist man schon auch neugierig und man hilft ja gerne. Jeder Mensch braucht ja das ganze Glück, das ihm auf diesen Karten gewünscht wird. Brautpaare natürlich doppelt. Und wenn ein Kind nur einen Baukasten gewinnt, weil sein Ballon die weiteste Reise gemacht hat, dann braucht es den auch. Wo sollen schließlich die ganzen Ingenieure für unser Fortkommen herkommen? Also heißt meine Devise auch in Zukunft: Nicht faul sein und auch mal absteigen vom hohen Dieselross und froh sein, wenn Maschine und Acker nicht zu groß werden, damit man immer sehen kann, was so alles rumliegt.

Solidarische Landwirtschaft im Aufwind

Kaum eine Bewegung auf dem Land entwickelt derzeit so viel Dynamik wie die der solidarischen Landwirtschaft. Die Idee, Landwirtschaft getragen von einer Gemeinschaft zu machen, fasziniert immer mehr Menschen, über 40 Betriebe wirtschaften bereits, 50 sind in Gründung. Akteure von den Höfen, die organisiert im Netzwerk solidarische Landwirtschaft sind, trafen sich nun zu ihrer Frühjahrstagung in Kassel. Die TeilnehmerInnen tauchten ein in die Vielzahl von Themen, die sie aus ihrem SoLaWi- Alltag mitbrachten. Das Potpourri reichte von Fragen zur Kommunikation über die Finanzplanung, zum Umgang mit Konflikten, Ideen zur europäischen Vernetzung und Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft bis hin zu Fragen über möglichen Rechtsformen für Solidarische Landwirtschaften. Durch die Gründung von Regionalgruppen und der Freischaltung einer Homepage, professionalisiert das Netzwerk seine Arbeit. Infos unter: www.solidarische-landwirtschaft.org

Ein Bauer (53) erzählt...

Klimawirkung und Nachhaltigkeit

Eine Untersuchung vergleicht konventionelle und ökologisch wirtschaftende Betriebe

Im Zeitraum zwischen November 2008 und Februar 2013 wurde anhand von 80 Pilotbetrieben in vier Regionen die Klimawirkung und die Nachhaltigkeit ökologischer und konventioneller Betriebssysteme untersucht. In den vier Projektregionen wurden je zehn ökologische und zehn konventionelle Betriebe als „Betriebspaare“ ausgewählt. Die untersuchten Betriebstypen waren Marktfruchtbetriebe, Gemischtbetriebe mit Marktfruchtbau und Milchviehhaltung sowie Milchviehbetriebe.

Im Folgenden seien - in sehr knapper Form - einige der wichtigsten Ergebnisse vorgestellt.



Die Bodenstruktur wird untersucht
©BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler

Bewertung der Bodenstruktur

„Ein Unterschied des Zustands der Bodenstruktur zwischen ökologisch und konventionell bewirtschafteten Flächen konnte nicht festgestellt werden. Die Messungen und eine zusätzliche Bonitur von 79 Flächen haben ergeben, dass sich die Ackerflächen im Allgemeinen in einem guten Zustand befinden. Die positiven Effekte der systemtypischen Maßnahmen des ökologischen Landbaus (Leguminosenanbau, Humusaufbau, leichte Maschinen) scheinen durch andere Verfahren wie z. B. mechanische Unkrautregulierung, Bearbeitungsmaßnahmen im Frühjahr bei hoher Bodenfeuchte (Sommerungsanbau nach Frühjahrspflanzung), aufgehoben.“

Messung von Treibhausgasen

Unter den Versuchsbedingungen wurden beim Anbau von Winterweizen höhere N₂O-Emissionen als beim Anbau von Klee gras gemessen. Düngung mit Biogasgülle erhöhte die N₂O-Emissionen beträchtlich. Die Modellierung zeigt - übereinstimmend mit

den Messungen -, dass Düngerabgaben mit mineralischem Stickstoff erhebliche N₂O-Emissionen hervorrufen können. Beim Klee grasanbau ohne N-Düngung wurden dagegen unter den Versuchsbedingungen sehr geringe N₂O-Emissionen berechnet. Als Stickstoff-Fixierleistung der Leguminosen wurden 260 kg N/ha/Jahr angegeben. Nach dem Klee grasumbruch wurden im Versuch aber hohe N₂O-Emissionen im Winterhalbjahr gemessen. Auch beim Mulchen von Klee gras können beachtliche N-Mineralisationsschübe und N₂O-Verluste auftreten.

Die Energie- und Treibhausgasbilanz

Untersucht wurden 12 ökologische und 12 konventionelle Pilotbetriebe in Süd- und Westdeutschland. Im Mittel weisen Die ökologischen Betriebe einen Einsatz an fossiler Energie von 2,26 MJ je kg Milch (ECM) und Treibhausgasemissionen von 1.006 g CO₂-Äquivalent je kg Milch (ECM) auf. Die konventionellen Betriebe einen Einsatz an fossiler Energie von 2,36 MJ je kg Milch (ECM) und Treibhausgasemissionen von 1.067 g CO₂-Äquivalent je kg Milch (ECM) auf. Die größten Energieinputs sind die Futtererzeugung und Futterlagerung, wobei der Futterzukauf insbesondere in den konventionellen Betrieben einen hohen Anteil hat. Innerhalb der konventionellen bzw. biologischen Betriebe sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Betrieben sehr groß. Die Unterschiede sind bei den ökologischen Betrieben deutlich höher als bei den konventionellen. Die Unterschiede beruhen im Wesentlichen auf Futtererzeugung und Nachzucht. In den untersuchten Betrieben werden die geringsten Treibhausgasemissionen mit 800 bis 900 g CO₂-Äquivalent je kg ECM bei Milchleistungen von 5.000 bis 7.000 kg je Jahr unter den Bedingungen des ökologischen Landbaus erreicht. Zum Vergleich von Leistungs- und Fütterungsparametern in ökologischen und konventionellen Milchviehbetrieben wurden 22 Betriebspaare (ökologisch und konventionell), die nahe beieinander liegen und ähnliche Grundbedingungen aufweisen, über drei Jahre analysiert. Bei einer Betriebsgröße von im Durchschnitt 249 ha ökologisch und 312 ha konventionell handelt es sich allerdings um weit überdurchschnittlich flächenstarke Betriebe.

Zusammenfassung:

„Milchleistung, Lebenseffektivität, der Anteil von Maissilage am Grundfutter sowie der Anteil von Kraftfutter an der Gesamtration konventioneller Betriebe sind im Mittel höher; in ökologischen

Betrieben sind dagegen die Nutzungsdauer und die Weidezeiten länger. Die Lebenseffektivität steigt mit steigender Milchleistung in beiden Betriebstypen signifikant an und sinkt mit steigendem Erstkalbealter. Das Milchleistungs-niveau ist in beiden Betriebssystemen positiv mit dem Anteil der Maissilage in der Ration korreliert.“

Treibhausgasbilanzen

Die 56 Pilotbetriebe (jeweils 12 Marktfrucht und 16 Gemischtbetriebe) mit ökologischer bzw. konventioneller Bewirtschaftung, wirtschafteten bezüglich des Stickstoffeinsatzes auf sehr unterschiedlichen Intensitätsniveaus (Low-Input-System kleiner 100 kg N/ha; High-Input 300 kg N/ha und mehr). Auffällig ist, dass die Getreideanteile bei den Marktfruchtbetrieben in beiden Betriebssystemen überaus hoch sind (um 60 % im Mittel). Die Humusbilanzen der Pilotbetriebe zeigen, - dass ökologische Milchviehbetriebe in der Lage sind, Humusaufbau zu betreiben. Daran ist vor allem der sehr starke Anbau von Leguminosen beteiligt. - bei ökologischen Marktfruchtbetrieben ist von gleichbleibenden Humusgehalten auszugehen; - für konventionelle Marktfruchtbetriebe wurden negative Humussalden ermittelt. Die ökologischen Marktfruchtbetriebe weisen im Mittel den geringsten, die konventionellen Milchviehbetriebe den höchsten flächenbezogenen Einsatz fossiler Energie auf; das wird vor allem durch den Einsatz von mineralischem Stickstoff und durch den Pestizideinsatz verursacht. Der Netto-Energieoutput (= Energiegewinn der Pflanzenproduktion) ist bei den konventionellen Betrieben deutlich höher als bei den ökologischen.

Für die Diskussion um „ökologische Nachhaltigkeit“ liefert die Studie sehr viele Anregungen. Bei manchen Themenbereichen wird nicht deutlich gemacht, warum es nur eine Teilauswertung gibt (z. B.: warum gibt es die „Energie- und Treibhausgasbilanz für milchviehhaltende Betriebe“ nur für Süd- und Westdeutschland, nicht aber für Norddeutschland?). Auffällig ist, dass die Pilotbetriebe in ihrem Flächenumfang – sowohl die ökologischen wie die konventionellen – zumindest in ihrem Durchschnitt weit über der durchschnittlichen Flächenausstattung der Grundgesamtheit der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland liegen. Nicht begründet wird auch, warum die Berechnung der Treibhausgasemission an den Milchviehbetrieben nur die Milch und nicht auch (das Koppelprodukt) Rindfleisch als Bezugspunkt nimmt. Auch werden wohl erst weitere Untersuchungen zeigen, ob es tatsächlich korrekt ist mit einem so niedrigen Energieeinsatz für die Herstellung von N-Dünger zu rechnen, wie es in der vorliegenden Studie der Fall ist. Bedauerlich ist auch, dass ein wichtiger Gesichtspunkt zur ökologischen Nachhaltigkeit - die Vielfalt an wildlebenden Tieren und Pflanzen auf den Nutzungsflächen - nur als Kurz- und Teilauswertung vorliegt. Bisweilen hat man den Eindruck, es gibt in manchen Texten eine eher „süddeutsche“ (aufschreiben, was ist) bzw. eine eher „norddeutsche“ Lesart (aufschreiben, was ist; aber: Steigerung der Effizienz muss sein).

Onno Poppinga

„Klimawirkung und Nachhaltigkeit ökologischer und konventioneller Betriebssysteme – Untersuchung in einem Netzwerk von Pilotbetrieben“, Hrsg. Kurt-Jürgen Hülsberger und Gerold Rahmann („Thünen Report 8“)

Durchschnitt	ökologisch	konventionell
Herdengröße	71 (18-257)	113 (26 - 450)
Milchleistung	6.478 (4.307 – 9.289)	8.571 (6.130 – 10.588)
Erstkalbealter (Monate)	31	28
Nutzungsdauer (Monate)	39 (25 - 59)	27 (18 - 37)
Tage mit Weidegang	200	66
Kraftfutteranteil (% Ts)	16,2 (0 – 34,8)	25,7 (9,1 – 35,7)
Maissilageanteil im Grundfutter (% Ts)	10,9	45,6

Vorrang der Agrarökologie!

Boden und Land sind die entscheidende Ressource zur Produktion von Nahrungsmitteln und zum Erhalt der biologischen Vielfalt. Ohne gute Böden und ausreichend Land lässt sich eine Zukunft nicht denken, die die steigende Weltbevölkerung ernährt, Armut beseitigt und gleichzeitig biologische Vielfalt erhält und, z.B. durch mit Wald bedecktes Land, den Klimawandel hilft zu begrenzen.

Doch Land ist umkämpft. Land Grabbing für landwirtschaftliche Produktion ist mittlerweile weit bekannt und wird heftig kritisiert. Weniger bekannt dürfte sein, dass auch für den Naturschutz Menschen von ihrem Land vertrieben werden, unterstützt durch die UNO und bekannte NGOs. Clausing erläutert die Theorie hinter dem Grabbing: Land Sparing. „Mehr Schutzgebiete und weniger landwirtschaftliche Nutzfläche, wobei auf letzterer dann mit hochintensiven Anbauverfahren unter Anwendung von Agrochemikalien, patentgeschützten Sorten und ggf. mit Gentechnik maximale Hektarerträge erzielt werden sollen.“ So ließe sich beides, Naturschutz und Sicherung der Welternährung erreichen. Und gleichzeitig würde mehr Platz für Wiederbewaldung geschaffen, der wiederum als Kohlenstoffsenke im CO₂-Diskurs angerechnet werden könne. Clausing beschreibt die Hintergründe ausführlich und legt den Zynismus der Argumen-

tation offen. Nach einer Darstellung von „Greenwashing statt Nachhaltigkeit“ widmet sich der Autor der Agrarökologie und dem Konzept des Land Sharings. Hier wird Landwirtschaft nach agrarökologischen Kriterien betrieben (z.B. System of Rice Intensification; push & pull); es entwickelt sich eine „grüne Matrix“, durch die die Fragmentierung des Raumes für Tier- und Pflanzenarten überwindbar wird; Vielfalt wird nicht nur in von den Menschen z.T. nicht akzeptierten Schutzgebieten erhalten, sondern kann sich auf allen Flächen entwickeln; und auch die Erträge lassen sich durchaus mit denen einer hochindustrialisierten Landwirtschaft messen. Insbesondere dann, wenn man deren immensen Schäden – Bodenverdichtung, Energieverbrauch, Flächenversiegelung – mit in den Blick nimmt. Agrarökologie ist aber nicht nur Praxis, sondern „Wissenschaft, Bewegung und Praxis“. Also was für uns alle.

Fazit: Ein lesenswertes, kurzes und sehr informatives Bändchen mit vielen weiterführenden Literaturangaben und einem nützlichen Register. *Gregor Kaiser*

Peter Clausing, Die grüne Matrix: Naturschutz und Welternährung am Scheideweg. Münster, Unrast Verlag 2013, 155 Seiten, 13 Euro

Kurzes am Rande

Community Spirit Wins

Gemeinsam sind wir stark könnte eine möglich Übersetzung diese Buches sein. Beschrieben wird der Prozess „PREPARE“, der 1999 begann und damals als unmöglich bezeichnet wurde. Ziel von PREPARE war und ist es, durch eine tourende Arbeitsplattform die Menschen der Europäischen Union in Ost und West miteinander zu verbinden. Nicht Brüssel als zentralistischer Ort, sondern die Region. Vernetzung und Austausch sind Ziel von PREPARE. Ländliche Entwicklung geschieht vor Ort, in Dörfern und Gemeinden, Städten und Kreisen. Diese miteinander zu vernetzen, Ideen und Ziele auszutauschen, gemeinsame Problemfelder zu erkennen und zu bearbeiten ist Ziel von PREPARE. In dem Buch „Community Spirit Wins“ beschreiben über 20 Autoren und Interviewpartner ihre Erfahrungen. Von den Pionieren, über Erfolge, Kooperationsprojekte bis zu Ausblicken und Visionen reichen die Beiträge.

Für alle die in der Regionalentwicklung nach neuen Ideen suchen oder einfach mal lesen möchten was andere machen. Das Buch ist derzeit nur in Englisch zu beziehen. *mn*

Community Spirit Wins, How civil Society sustains rural Europe, ISBN Number: 978-90902760-45; www.preparesnetwork.org

Kommentar zum neuen Baugesetzbuch

Auf Druck der Bewegung „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, von CDU-Landräten aus Intensivtierhaltungs-Regionen und kommunalen Spitzenverbänden hat der alte Bundestag parteienübergreifend eine Novelle des Bundesbaugesetzbuchs verabschiedet, die ab September 2014 gilt. Darin ist verankert, dass die bisherige Privilegierung nach § 35.1.4 für gewerbliche Großställe mit mehr als 1.500 Schweinemast-, 560 Sauen-, 30.000 Masthühner-, 15.000 Legehennen-, 15.000 Mastputzen- und 600 Rinderplätzen wegfällt und dass ohne einen Bebauungsplan der Gemeinden solche Anträge von Investoren nicht mehr realisierbar sind. Diese aus dem Immissionschutzgesetz abgeleiteten Grenzwerte gelten aber noch nicht für „landwirtschaftlich privilegierte“ Megaställe von flächenreichen Großbetrieben. Der neue Kompakt-Kommentar renommierter Experten berücksichtigt diese Neuerungen und erleichtert die Auslegung des Gesetzestextes durch das Anführen interpretierender Gerichtsurteile – natürlich auch für „ganz normale Bauangelegenheiten“. *en*

Prof. Dr. Hans D. Jarass, Prof. Dr. Martin Kment; Baugesetzbuch, 865 Seiten, Verlag C.H. Beck, 2013; 59,- Euro

Fleischindustrie im Krimi

„Nach der Recherche zu diesem Buch kann ich begründet sagen: Eigentümer und Manager der Fleischindustrie sind in jeder Hinsicht – unterste Schublade. Ausnahmen habe ich nicht gefunden“, so Autor Wolfgang Schorlau im Nachwort zu seinem neuesten Krimi „Am zwölften Tag“. Die Fakten, die der Stuttgarter Autor darin ausbreitet, dürften dem Lesepublikum der *Unabhängigen Bauernstimme* einigermaßen bekannt sein. Trotzdem: Mit einem derartigen Ausmaß an Brutalität, Skrupellosigkeit und Zielstrebigkeit wie es Wolfgang Schorlau von der industriellen Fleischbranche schildert, dürften längst nicht alle am Thema Interessierten gerechnet haben. Schon deswegen lohnt sich die Lektüre. Zudem bietet der Krimi eine Zusammenschau von verschiedenen Aspekten dieser Ekelbranche, und obendrein ist er auch noch spannend geschrieben. Der Roman beginnt mit einem Alptraum, der tödlich endet. Kaum daraus erwacht, befindet sich der Privatdetektiv Georg Dengler im nächsten Alptraum. Sein Sohn, 18, ist verschwunden. Der gehört zur Überraschung der Eltern zum Viererteam einer Tierschutzorganisation, das auf einer Recherchemission in eine Falle geraten ist. Das sonstige Personal in diesem Roman: ein Oldenburger Schweine- und Putenmäster, eine Rockerbande, rumänische Schlachthofarbeiter, ein Hühnerbaron und andere. Doch bei aller Leidenschaft für Fakten, Wolfgang Schorlau ist kein Sachbuchautor, wenigstens nicht „nur“. Genauso wie das Umfeld, in dem sie sich bewegen, interessieren ihn die Menschen in seinem Roman selber. Ihre Interessen, Ideale und in vielen Fällen ihre Sprachlosigkeit untereinander. Welchen Preis sie dafür zahlen oder wie sie sie überwinden, das nachzuvollziehen, macht das Buch noch mal lesenswert.

Astrid Matthiae, Journalistin/Dipl.Biol., Hamburg

Wolfgang Schorlau, Am zwölften Tag, Denglers siebter Fall, 341 S., Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, Dez. 2013, Preis: 9,99 €

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2014 2013 2012 2011 2008 2007
22,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.... Expl. Bauernparty Neuerscheinung	Stückpreis 11,- €
.... Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,- €
.... Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuauflage)	Stückpreis 11,- €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,- €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,- €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stürwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD	Stückpreis 10,- €
.... Expl. König Silo, CD	Stückpreis 10,- €
.... Leitbild Schweiz oder Kasachstan	Stückpreis 8,-€
.... Expl. Jung, dynamisch, erfolglos?	Stückpreis 8,-€

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2014: www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.

Anzeigen und Chiffrezuschläge bitte an: Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. Anzeigenschluss für BS April ist der 17. März 2014

Hof und Arbeit

• **Bauernfamilie mit Kindern** für Hofnachfolge gesucht. 50 ha, Fleckvieh (Milch), Mittelgebirgslage, Erfahrung in Käseerei und Arbeit mit Zugpferden erwünscht. ☎ 037754-2213 (Winter) oder ☎ 037754-75578 (Sommer), nach 19 Uhr

• **Biobetrieb** im südlichen Baden-Württemberg bietet PraktikantInnenplatz. Betriebszweige: Legehennen, Junghennenaufzucht, Weihnachtsbäume, Schafe, Direktvermarktung. Weitere Info: Biohof Endraß, ☎ 07528-7840, info@biohof-endraß.de

• **Junger Biobauernhof im Aufbau** in SH sucht tatkräftige und unabhängige Mitbewohner. Hadii@gmx.net

Sonstiges

• **Ferienhaus in SW-Frankreich** in alter Dorfstruktur mit großem Garten und alter Werkstatt. Atlantik-Sandstrände in 90 km. ☎ 05021-4186, www.ARRAMIS.de

• **Agraringenieurin mit Familie** sucht 4 bis 6 Zimmer-Wohnung oder Haus mit Garten, ruhig und sonnig zum Kauf oder Erbpacht oder Beteiligung an Biolandwirtschaft. Landkreise FN, RV, LI Chiffre: 2014-03-01

Tiermarkt

• **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

**Demoaufruf!**

Sonne und Wind statt Fracking, Kohle und Atom!

22.03.2014

**Demos in sieben Landeshauptstädten!
In Kiel, Potsdam, Hannover, Düsseldorf,
Mainz/Wiesbaden und München –
gehen wir erneut für eine echte und
ernsthafte Energiewende auf die Straße!**

Alle weiteren Infos: www.ausgestrahlt.de



GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT !

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinnahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG

Bremen, Bietigheim-Bissingen,
Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl

Telefon: 07142 / 77 81-0

akquise@wpd.de, www.wpd.de



Nordrhein-Westfalen Mitgliederversammlung und Jahrestagung

16.03.2014, 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr

11.00 Uhr Mitgliederversammlung

14.00 Uhr Zum Stand der Verhandlungen und den Möglichkeiten der Zivilgesellschaft, Einfluss zu üben:

Freihandelsabkommen zwischen EU und USA – eine Bedrohung für die bäuerliche Landwirtschaft?

mit Impulsreferaten und Diskussionsbeiträgen von Berit Thomsen, Projektmitarbeiterin ABL e.V.
Martin Häusling, MdEP

Gregor Kaiser, Sozialwissenschaftler und Biologe

Ort.: Haus Splietker, Im Süddinker 36, 59069 Hamm

Kontakt: Katharina Schäfer, Tel.: 02381-9053170, nrw@abl-ev.de

Veranstaltungen**Bonner Saatgutfestival**

8.3.14, *Königswinter*, 11-17 Uhr
Vortragsprogramm, Ausstellungen,
Markt der Vielfalt, Filme
und Mitmachaktionen

Unkostenbeitrag 1,- €,
Drachenfelschule, Friedensstraße 22
53639 Königswinter

Richtig vorsorgen

11.03.2014, *Waldburg*, 9.30 Uhr
Tagesseminar zu Betreuungs-
und Erbrecht, Patientenverfü-
gung und Testament. Referent:
Notarin Margret Hofmann
Anmeldung: Ev. Bauernwerk Hohebuch,
Tel.: 07942 107 74, Unkosten 35,- €
www.hohebuch.de

ABl Bauer sucht Land

13.03.2014, *Herrieden* 20 Uhr
Vom Bauernland in Investoren-
hand, Referent: Prof. Dr. Hubert
Weiger, BUND e.V.

Gasthaus Bergwirt, 91567 Herrieden-
Schernberg

Freihandelsabkommen

17.03.2014, *Reuthberg*, 20 Uhr
Martin Häusling referiert zum Frei-
handelsabkommen EU-USA, Hans
Holzinger, wiss. Mitarbeiter der
Robert Jungk Bibliothek zu „Wirt-
schaftswachstum um jeden Preis?“
Festzelt Reuthberg, 83679 Sachsenkamm

Agrarpolitik in S.-H.

17.03.2014, *Kiel*, 10 - 15 Uhr
Das Bündnis „Meine Landwirt-
schaft“ in Schleswig-Holstein
führt eine Debatte mit Wissen-
schaftlern, Politikern und zivilge-
sellschaftlichen Vertretern zum
Thema: „Die Auswirkungen der
Agrarpolitik auf unser Land“.

Legienhof, Legienstraße 22, 24103 Kiel-
www.abl-ev.de/termine

Prozesstermine

19.03.2014, *Magdeburg*
Prozess gegen Gentechnikwei-
zen-Feldbefreier

21.03.2014, *Recklinghausen*, 10.30 Uhr
Saatgutprozess IG-Nachbau

AgrarBündnis-Tagung Boden

26.03.2014, *Güstrow*, 10-16 Uhr
Das AgrarBündnis Mecklenburg-
Vorpommern informiert zum
Thema: „Boden gerecht verge-
ben, nachhaltig bewirtschaften und
fruchtbarer machen“

Programmflyer und Anmeldung unter:
<http://www.bund-mv.de>

Umgang mit Atommüll

28.-29.03.2014, *Berlin*
Debatte über einen vernünftigen
Umgang mit dem Atommüll
in Deutschland.

Umweltforum Auferstehungskirche,
Pufendorfer Straße 11, Berlin-Mitte

Streuobst im Trend der Zeit

28.-30.03.2014, *Kassel*
Auf dem 4. bundesweiten Tref-
fen der Streuobst-Aufpreisver-
markter diskutieren die Teil-
nehmer neue Wege und neue
Chancen.

www.nabu.de/streuobst-tagung
Ort: Haus der Kirche, Wilhelmshöhe
Allee 330, 34131 Kassel

Solidarische Landwirtschaft

29.03.2014, *Bad Vilbel*, 9-16 Uhr
Referent Klaus Strüber, CSA in
S-H berichtet über seine Erfah-
rungen. Anschließend Vorüber-
legungen zu einer Umsetzung
im Raum Frankfurt.

Dottenfelderhof, 61118 Bad Vilbel,
Anmeldung: info@demeter-hessen.de

Landwirtschaft und Wasser

03.04.2014, *Saerbeck*, 19.30 Uhr
Podiumsdiskussion zum Thema
„Wie viel Landwirtschaft verträgt
unser Wasser?“ mit Vertretern
der Landwirtschaft, Landwirt-
schaftskammer und Politikern.
Hotel Stegemann, Westerladbergen
71, 48369 Saerbeck

Fleisch aus der Region

04.-05.04.2014, *Altenkirchen*
Einladung an Bäuerinnen und
Bauern, Fleischer und Verbrau-
cher um über die Chancen der
regionalen Fleischvermarktung
zu diskutieren.

Infos und Anmeldung: www.lja.de
Tel.: 02681 - 95 16 11



Regionalgruppe Oberland Jahresmitgliederversammlung

06.03.2014, 20 Uhr

„Transatlantisches Freihandelsabkommen TTIP
Konzerne profitieren - Menschen verlieren“
Referent: Henning Hintze, Attac

Ort: Gasthof zur Post, Escherstr. 1, 82390 Eberfing



Regionalgruppe Bayerisch-Schwaben Jahresmitgliederversammlung

13.03.2014, 19.30 Uhr

„Pachtpreise, Intensivierung, Strukturbruch -
bleiben die bäuerlichen Betriebe auf der Strecke?“
Referent Hannes Geitner (AELF Nördlingen) und
Situationsberichte von Bauern aus der Region

Ort: Gasthof Strasser, Schloßstr. 2, 86441 Zusmarshausen



Regionalgruppe Erding-Ebersberg Jahresmitgliederversammlung

25.03.2014, 20 Uhr

„Den Wert unserer Obstgärten und Streuobstanlagen neu entdecken“
„Staatliche Förderprogramme“
Referent: Stefan Kilian, LfL Freising

Ort: Gasthaus Faltermeier, Hauptstraße 14, 84427 St. Wolfgang



Niedersachsen-Bremen Frühjahrstagung und Jahresmitgliederversammlung

09.03.2014, 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr

„Welche Ausbildung für die Höfe von morgen?“
Alternativen zum „Wachsen oder Weichen“

10.00 Uhr „Neue Ansätze in der überbetrieblichen Ausbildung“
Martina Wojahn, Geschäftsführerin LBZ Echem
Impulsreferate und Diskussion mit Jürgen Strodthoff
und Volkmar v. Kuenheim, Berufsschullehrer
Lucia Hoffmann und Kaya Thomas, Auszubildende

14.00 Uhr Ordentliche Mitgliederversammlung

Ort: Hofrestaurant Voigt, An der Wassermühle 18, 28857 Syke-Gessel
Unkostenbeitrag: 25,- € inkl. Getränke und Mittagessen
Ermäßigung auf Antrag möglich
Kontakt: Ottmar Ilchmann Tel.: 04967-334, o.ilchmann@yahoo.de



Baden-Württemberg Frühjahrstagung und Jahresmitgliederversammlung

16.03.2014, 10.30 Uhr bis 16.00 Uhr

Zukunft der Höfe - Zukunft der Agrarpolitik

10.30 Uhr „Bauer sucht Hof oder Hof sucht Bauer
Außerfamiliäre Hofübergabe“
Christian Vieth, Geschäftsführer von Hofgründer.de
„Zwischenbilanz für Grün-rote Agrarpolitik, was wir
erreicht haben und was noch kommt!“
Wolfgang Reimer, Ministerialdirektor im Ministerium

14.00 Uhr Ordentliche Mitgliederversammlung

Ort.: Gasthof Sonne, Taiffingerstraße 17, 71083 Herrenberg-Gültstein
Unkostenbeitrag: 15,- € inkl. Brezelimbiß und Mittagessen, Getränke extra
Anmeldung bis 10.03.2014 an thomas@abl-ev.de, Fax. 07531-28 29 392

Milchtagung 2014

10. März 2014, 9.30 bis 16.00 Uhr
 KLVHS Hardehausen, 34414 Warburg

UNIKASSEL
VERSITÄT

Einkommenssituation in Milchviehbetrieben: Lohnt sich dieses Wachstum?
 Dr. Karin Jürgens, Büro für Agrarsoziologie und Landwirtschaftskultur

Konsequenzen aus der letzten Krise am EU-Milchmarkt: In guten Zeiten Vorsorge treffen
 Dr. Andrea Fink-Keßler, Büro für Agrar- und Regionalentwicklung

„Welche Regeln braucht der EU-Milchmarkt nach Auslaufen der Milchquote 2015?“
 Romuald Schaber, Vorsitzender des BDM und Präsident des EMB

Milcherzeuger bündeln sich in Erzeugergemeinschaften. Wie ist der Stand in Deutschland?
 Peter Guhl, Vorsitzender der MEG Milch Board

„Perspektiven bäuerlicher Milcherzeuger - jenseits von Wachsen oder Weichen“
 Bernd Voß, Bundesvorsitzender der AbL

Direktvermarktung von gentechnikfrei erzeugter Milch in der Praxis
 Leonhard Große Kintrup, Milchviehhalter in Münster mit Direktvermarktung

„Milchproduktion auf der Weide – Ein Produktionssystem mit Zukunft“
 Jeff Boonen, Lycée Technique Agricole Ettelbrück/Luxemburg (Fachschule)

Tiergesundheit im Betrieb ganzheitlich verbessern.
 Sven Lorenz, Milchviehhalter in Vöhl/Edersee

Anmeldung: KLJB, Ute Ackermann, Tel.: 02224-94 65-21, u.ackermann@kljb.org
 Tagungsgebühr: 30,- € incl. Mittagessen, Tagungsort: Katholische Landvolkshochschule Hardehausen, Abt-Overgaer-Straße 1, 34414 Warburg



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat
 Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredenburg.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel. 04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Osteide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnids: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenzen, Tel. 04482-660, steenzen@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de
 Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
Bodensee: Anneliese Schmech; Tel.: 07553-7529, a.schmech@hagenweilerhof.de
Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.: 07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax: 08679/914284, Gertraud Gafus, Tel. 08656-393
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Walter Mauk, Tel. 08179-33
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, adelguetl@online.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)
Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de
Thüringen: Volkmar Voigt, Tel: 036694/36250, volkmarvoigt@web.de; Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg; Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:

Christoph Dahlmann, Tel: 02381/9053170, dahlmann@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587, thomsen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 99,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 134,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 44,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 69,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Oli Kahns „titanische“ Pflanzenschutz-Beratung

Der „Titan“ Oliver Kahn war, ist und bleibt ein Phänomen – im Tor von Bayern München und der Nationalelf ebenso wie in der Werbung: So vereinbart er spielend den Spagat zwischen der Werbung für „Wiesenhof-Bruzzler“-Würste einerseits und für „Weight Watchers“ andererseits, die Entscheidung zwischen den Anlageformen beim Sportwetten-Anbie-

ter „Tipico“ und bei „DWS-Investments“ und indirekt auch die zwischen MAN und Toyota Avensis. Auch die Gesundheit liegt ihm am Herzen: die der Menschen fördert er durch die Bewerbung von „Mobilat“-Creme, die der (Kultur) Pflanzen durch seine aktuelle Werbung für das Rüben-Herbizid „Goltix-Titan“. Der Pestizid-Hersteller Feinchemie Schwebda hat mit Oliver Kahn

folgende Vereinbarung geschlossen: Der Titan Kahn „hält das Tor sauber“, Goltix-Titan „hält den Acker sauber“. Allerdings besteht bei „Titanen“ die Gefahr der Verlagerung in den Untergrund: Laut Wikipedia hausten die „Titanen“ als griechische Gottheiten auf dem Berg Olymp, bis sie von den Olympischen Göttern in die Tiefen der Unterwelt vertrieben wurden. en



Der Fall der Titanen; Cornelis van Haarlem; staatliches Kunstmuseum Kopenhagen

unabhängige **bauernstimme: ohne Werbung**

03/2014

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten Datum Beruf

(bei Geschenkabo Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221